Telegramm-Adresse: Correspondent Merseburg. Fernsprecher Nr. 324

Merseburger Correspondent.

Schriftleitung und Geschäftsstelle Oelgrube 9.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf. Abholung unserer Ausgabestellen; bei Zustellung ins Haus durch unsere Austräger in Merseburg und auf dem Lande außerdem Botenlohn; durch die Post 1.20 Mk. außer 42 Pf. Bestellgeld. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Werktagen nachmittags. — Nachdruck unserer Originalmeldungen ist nur mit deutlicher Quellenangabe gestattet. — Für Rückgabe unverlangter Einsendungen übernehmen wir keine Verbindlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen: 8 seitig. illustr. Unterhaltungsblatt m. neuest. Romanen und Novellen. 4 seit. landwirtsch. u. Handelsbeil. mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Petitzeile oder deren Raum für Merseburg und Umgebung 10 Pf., kleinste Anzeigen 25 Pf., auswärtige von 20 Pf., im Reklameteil 40 Pf. Bei komplizierten Satz entsprechender Aufschlag. Gebühr für Extrobeilagen nach Uebereinkunft. Für Nachweisungen und Offertenannahme besondere Berechnung, nach auswärts mit Portozuschlag. Erfüllungsort Merseburg. Ausnahmezeit für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, kleinere Anzeigen bis spätestens 9 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 54 — Mittwoch den 5. März 1913. — 39. Jahrg.

Zur Frage der Soldatenzahl Frankreichs.

Beim Vergleich der numerischen Stärke der deutschen und der französischen Armee hat man einen nicht unwichtigen Punkt außer acht gelassen und infolgedessen das Verhältnis von 7 zu 4 herausgerechnet. Dieses ist jedoch schon von vornherein nicht ganz zutreffend. Denn Deutschland hat bis jetzt noch keine 70 Millionen Einwohner, es fehlen an dieser Zahl noch 4 bis 5 Millionen. Außerdem hat es fast den Anschein, als stehe unser Zuwachs im Begriffe, ein etwas langsameres, und der französische ein einigermaßen schnelleres Tempo anzunehmen. Durchaus nicht ausgeschlossen ist es übrigens, daß der neuerdings geschehene grelle Hinweis auf die rasch zunehmende Differenz der Volkszahl diesseits und jenseits der Vogesen und die daraus hervorgehende Reduktion der Machtstellung Frankreichs, die wiederum eine erhebliche Verlängerung der Präsenzzeit zur Folge hat, den Franzosen den Impuls geben wird, die seit Jahrzehnten eingeführte Zweikinderwirtschaft durch eine Mehrkinderwirtschaft zu ersetzen. Andererseits ist es nicht über allem Zweifel erhaben, daß in Deutschland, zum Zwecke der Erhöhung des Familienwohlstandes und der Einschränkung der elterlichen Sorgen, sich die Zweikinderwirtschaft allmählich einbürgern könnte. Frankreich ist [illegible] in mancher Beziehung vorangegangen. Durch einen solchen Austausch [illegible] Gepflogenheiten würde in nicht zu ferner Zeit bis zu einem gewissen Grade ein Ausgleich in der Stärke der beiden Heere herbeigeführt sein.

Mit Sicherheit ist auf diese Wandlung freilich nicht zu rechnen. Eher könnte Frankreich auf eine Verstärkung seiner Streitkräfte durch Nutzbarmachung der eingeborenen Bevölkerung in seinen nordafrikanischen Kolonien rechnen. Diese Mannschaften sollen bekanntlich als Besatzungstruppen in den Festungen und in den Etappen hauptsächlich verwandt werden. Es hat jedoch noch gute Wege, bis dies in größerem Maße ermöglicht werden kann. Viel wichtiger, als diese sämtlichen Momente ist jedoch die Tatsache, daß Frankreich verhältnismäßig weit mehr erwachsene Personen besitzt, als Deutschland, sodaß vierzig Millionen Franzosen relativ mehr Soldaten stellen können, als vierzig Millionen Deutsche. Denn je mehr eine Nation Kinder erzeugt, einen desto größeren Prozentsatz der Volkszahl nehmen die Unerwachsenen ein und je kinderärmer ein Land ist, einen desto bedeutenderen numerischen Anteil bilden die erwachsenen Leute, also auch diejenigen männlichen Geschlechts. Früher wurde dieses durchaus nicht unwichtige Faktum bei der in Frage stehenden Schätzung mit in Rechnung gezogen. Neuerdings scheint es in Vergessenheit geraten zu sein. Das numerische Verhältnis zwischen der französischen und der deutschen Armee ist sonach für erstere erheblich günstiger, als das von 40 zu 70, immerhin für letztere vorteilhaft genug, um Frankreich, solange es keinen genügend starken und vorbereiteten Verbündeten hat, von einem Kriege gegen Deutschland abzuhalten. Im Jahre 1870 war letzteres dem französischen Gegner numerisch, trotz gleicher Bevölkerungsziffer, noch weit mehr überlegen und zu dieser Überlegenheit kam auch noch die ungeheuere des Kruppgeschützes über die von Louis Napoleon höchsteigen konstruierte Kanone. Wenn sich der Kaiser der Franzosen trotzdem auf einen Kampf einließ, so geschah es in der eitlen Hoffnung auf österreichische und italienische Hilfe und in der falschen Einschätzung der politischen und nationalen Stimmung der süddeutschen Regierungen und Bevölkerungen.

Um die in Deutschland geplante Heeresverstärkung quitt zu machen, denkt die französische Regierung nicht nur an das eigene Land und Volk, sondern auch und vornehmlich an den russischen Verbündeten. Man drängt das 120 Millionen-Reich, das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht ebenfalls konsequent durchzuführen. Es scheint in Petersburg nicht wenig Neigung dazu vorhanden zu sein und die Absicht zu bestehen, nur noch die Ankunft des neuen französischen Botschafters Delcassé abwarten zu wollen, ehe man mit positiven Vorschlägen an den Staatsrat und die Reichsduma herantritt. Ist Rußland gewonnen und am Werke, so nimmt man wohl den englischen Freund aufs Korn, um auch jenseits des Kanals dem Grundsatz der allgemeinen Wehr- und Dienstpflicht zum Siege zu verhelfen, welchem Feldmarschall Lord Roberts und andere Generäle bereits vorgearbeitet haben.

Die neuen Militärforderungen.

Die offiziösen Ankündigungen über die Höhe der neuen Militärforderung und über die Art ihrer Deckung haben natürlich in den weitesten Kreisen großes Aufsehen erregt, und alle Welt blickt nach dem Reichstage, um zu erfahren, wie sich dieser zu der neuen Wendung der Dinge verhalten wird. Auf Seiten der Fraktion der fortschrittlichen Volkspartei, die offiziell natürlich noch nicht hat Stellung nehmen können, da ja eine Vorlage dem Reichstage noch nicht unterbreitet ist, macht sich folgende Auffassung geltend:

Die fortschrittliche Volkspartei wird, wie sie dies bei früheren Anlässen auch stets getan hat, nur das bewilligen, was ihr als absolut notwendig im Interesse der Verteidigung und militärischen Ausrüstung des Vaterlandes nachgewiesen wird; namentlich wird sie ihr Augenmerk darauf richten, daß die Ausrüstung des deutschen Heeres in technischer Hinsicht auf der vollen Höhe stehen muß. Die Hauptsache wird auch diesmal wieder die Deckungsfrage sein. Die Bestrebungen, an den Ausgaben für das bestehende Heer zu sparen, hat sich leider bisher jedesmal nur zu einem ganz kleinen Teile erfüllen lassen; man mußte auf diesem Gebiete mit dem starken Widerstande der Militärverwaltung rechnen, die jeden Posten im Etat mit Hartnäckigkeit verteidigte und etwaige Abstriche als Gefährdung des ganzen Militärwesens bezeichnete oder sich auf vorhandene Rechte der Bundesfürsten berief (bei der Frage der Adjutanturen rc) oder weil sie sich auf militärische Traditionen stützte, wenn man unnötige, aber kostspielige Institutionen beseitigen wollte. Natürlich wird auch jetzt trotz und alledem das Bestreben der Linksliberalen darauf gerichtet sein, beim Heeresetat Abstriche vorzunehmen, die die Schlagfertigkeit der Armee in keiner Weise beeinträchtigen können.

Wenn von der „Nordd. Allg. Ztg." gesagt worden ist, die Bevölkerung sei in hohem Maße eingenommen für die Vervollständigung der Rüstung, so ist dieses Wort doch nur mit sehr großer Einschränkung zutreffend. Für eine Milliarde und mehr, die aus dem Volkskörper herausgenommen werden soll, kann sich eine wirkliche Begeisterung nur geltend machen bei den unbedingten Rüstungsfanatikern und Armeeschwärmern; das schaffende Volk sieht diesen Dingen mit Beklemmung entgegen, verkennt nicht die ungeheure Gefahr, die für die Volkswirtschaft und für die Beziehungen der Länder untereinander in der fortwährenden Steigerung der Militärlasten liegt, und ist mit ernster Entschlossenheit bereit, an Heeresverstärkungen sich auflegen zu lassen, was aus der politischen Situation sich als unerläßlich ergibt, ist aber weit davon entfernt, diese etwaige Notwendigkeit mit fröhlichem Jubel zu begrüßen. Dazu ist die Masse des deutschen Volkes zu sehr von Verantwortlichkeitsgefühl beseelt. Vor allen Dingen wird sich stürmischer denn je das Verlangen in der Bevölkerung geltend machen, daß die neuen ungeheuren Lasten nun endlich einmal ganz überwiegend von den leistungsfähigen Schultern getragen werden; mit vollem Recht wird gefordert, daß diejenigen, die am lautesten nach der „Lückenlosigkeit" unserer Rüstung gerufen haben, nun auch einmal ihren Patriotismus ins praktische übersetzen sollen.

Nach dieser Richtung hin begegnet der Plan der Regierung, die einmaligen riesigen Ausgaben auf dem Wege einer einmaligen Vermögenssteuer herauszuholen, unverkennbar gewissen Sympathien. Und daß die Fürsten hierbei auf ihre Steuerfreiheit verzichten wollen, wird als eine Ehrenpflicht betrachtet und insofern gewissermaßen als eine Selbstverständlichkeit — wenn auch gerade das Selbstverständliche bei uns in Deutschland keineswegs stets zu geschehen pflegt! In fortschrittlichen Kreisen wird es am meisten begrüßt, daß die einmalige Reichsabgabe aus dem Vermögen nichts anderes ist als der Anfang der Reichsvermögenssteuer, gegen die sich die verbündeten Regierungen unzählige Jahre lang mit Händen und Füßen gesträubt und deren staatsrechtliche und sonstige Unmöglichkeit sie in höchst gediegenen Reden allen entsprechenden Anträgen gegenüber immer wieder dargelegt haben. Nun soll es mit einem Mal gehen! Die früher vorgebrachten Gründe gegen die Reichsvermögenssteuer werden nun zerreißen wie dünne Zwirnsfäden; denn wenn diese Steuer erst einmal Eingang gefunden hat und damit die Auffassung widerlegt ist, daß das Reich nie und nimmermehr direkte Steuern einführen dürfe, dann ist natürlich der Weiterausbildung der Reichsvermögenssteuer zu einer dauernden Einrichtung nicht mehr gut der Weg zu verlegen. Eine alte Forderung der fortschrittlichen Volkspartei wird dann ihrer Erfüllung entgegensehen.

Jetzt aber kommt natürlich alles darauf an, wie diese einmalige Abgabe beschaffen sein soll. Große Schwierigkeiten stehen der Veranlagung entgegen, da bekanntlich in manchen Bundesstaaten, beispielsweise in Süddeutschland, überhaupt eine Vermögenssteuer noch nicht besteht. Gegen den Gedanken der einmaligen Steuererhebung gibt es ganz allgemein mancherlei Bedenken. Es ist sehr fraglich, ob mit der hier geplanten Neuerung nicht ein Weg beschritten wird, der eigentlich nur in den alleräußersten Notfällen eingeschlagen werden dürfte. Freilich wäre eine neue Riesenanleihe in der jetzigen Finanzlage auch ein äußerst gewagtes Unternehmen.

Vor der Bewilligung einer etwaigen einmaligen Reichssteuer und neuer sehr erheblicher fortlaufender Ausgaben würde die Vorfrage zu erledigen sein, ob denn in der Tat die allgemein-politische Situation solche neuen großen Opfer vom deutschen Volke verlangt. Konkrete Tatsachen über diese wichtigste aller Fragen hat man noch nicht erfahren; alles, was bisher darüber gesagt wurde, waren Allgemeinheiten. Es wird Aufgabe der Reichsregierung sein, den Abgeordneten den strikten Beweis für die Schwierigkeit der Lage zu erbringen, die unbedingt ein erneutes Anspannen der Volkskräfte auf dem Gebiete der militärischen Rüstungen erfordert. Nach dem Ergebnis dieser Beweisführung wird es sich schließlich richten, ob und in welchem Umfange die fortschrittliche Volkspartei für die Mehrforderungen eintreten wird.

Zur Wahlrechtsfrage.

In einer vom liberalen Verein zu Küstrin einberufenen Volksversammlung, in der der Reichstagskandidat bei der letzten Wahl, Lehrer Pautsch, sprach, wurde eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt:

„Trotz des bedeutenden Anwachsens der liberalen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl im Kreise Königsberg-Neumark ist unter der öffentlichen Stimmabgabe und indirekten Wahl nicht an einen Erfolg zu denken, wenn man sich die berufliche Gliederung der Bevölkerung des Wahlkreises und ihre wirtschaftliche und soziale Abhängigkeit in den meisten Orten vergegenwärtigt. Die Versammlung fordert aus diesen Gründen alle liberalen Männer des Wahlkreises auf, mit voller Kraft den nächsten Reichstagswahlkampf ins Auge zu fassen, im Hinblick auf die Landtagswahlen sich aber auf einen öffentlichen Protest gegen das herrschende Dreiklassenwahlrecht zu beschränken. In Sonderheit gilt dieser Protest den Konservativen des preußischen Abgeordnetenhauses, die sich nicht scheuen, die Einlösung eines Königswortes unmöglich zu machen, ja, die sich sogar der Einführung der geheimen Stimmabgabe widersetzen."

Die Liberalen des Kreises Königsberg wollen sich also, wenn die Küstriner Resolution den Willen des gesamten Liberalismus im Kreise ausdrückt, bei der Landtagswahl der Stimme enthalten. Man kann einen solchen Entschluß bedauern, wird ihn aber durchaus würdigen müssen. Das bestehende Wahlrecht arbeitet den Konservativen derartig in die Hände, daß in vielen Kreisen, namentlich solchen mit ländlicher Struktur, ein Ankämpfen dagegen völlig zwecklos ist. Der Entschluß, in solcher Situation das Geld für die Wahlen zu sparen und es lediglich für die Reichstagswahlen zu reservieren, ist sehr naheliegend. Der Regierung sollten derartige Vorkommnisse doch aber zu denken geben. Ein Wahlrecht, das so konstruiert ist, daß eine große und über

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319130305-14/fragment/page=0001

Tausende von Anhängern im Wahlkreis verfügende Partei von vornherein verzichtet, weil jede Möglichkeit eines Erfolges fehlt, muß so miserabel sein, daß eine Regierung es aus rein staatlichen Gründen nicht beibehalten dürfte. Ein Wahlrecht, das den Wählern das Wählen verleidet, liegt unmöglich im Interesse des Staatsganzen!

Das Zentrum auf dem Rückzug.

Vor einiger Zeit ist darauf hingewiesen worden, daß das Zentrum in der Wehrvorlage wie gewöhnlich eine Komödie spiele. Erst heftiger Widerstand, dann allmähliches Umfallen, schließlich, nachdem die Partei einiges für sich herausgeschlagen, Bewilligung der Regierungsforderungen. Die „Rhein. Westf. Ztg." veröffentlicht nun einen längeren Artikel eines „Eingeweihten aus dem Zentrum", in dem ausgeführt wird, daß das Zentrum in seinem Kampf gegen den Reichskanzler bereits den Rückzug angetreten habe, vor allem weil es auf keinen Fall zu einer Reichstagsauflösung kommen dürfe. In der Jesuitenfrage habe sogar Freiherr v. Hertling abgewinkt, weil der Kanzler den Appell an das Volk richten könnte. Das Zentrum werde alles tun, um eine Reichstagsauflösung zu verhindern. In der Tat hört man ja auch nichts mehr von der „kochenden Volksseele", die einige Wochen lang wegen der Jesuitenangelegenheit fürchterlich gezischt hatte; und vom Widerstand gegen neue Heeresrüstungen, der am Anfang besonders in der „Köln. Volksztg." überaus heftig war, ist schon lange nichts mehr zu spüren. In der Hauptversammlung des Augustinusvereins vom 17. Februar soll, wie der Zentrumseingeweihte mitteilt, von allen Rednern „gewarnt worden sein, die „Taktik des Kaputschlagens des Porzellans" fortzusetzen. Die Schläge drohten auf das Zentrum zurückzufallen. Keine Partei aber habe so kostbares Porzellan wie gerade die Zentrumspartei." Sogar ein Versuch der bei der „Köln. Volksztg." maßgebenden Herren in Berlin, den Grundsatz „Keine Ausgaben ohne gleichzeitige Deckung" zur ferneren Anerkennung zu bringen, sei abgelehnt worden, weil es zur Bewilligung von Steuern führen könnte, die das Zentrum zu den Konservativen in eine üble Lage bringen müsse. In Wirklichkeit spielt auch hier die Angst vor der Reichstagsauflösung mit.

Die Angaben dieses Artikels sind von der Zentrumspresse nicht dementiert worden. Einige Zentrumsblätter wenden sich nur entrüstet gegen den Verrat solcher vertraulichen Verhandlungen. So schreibt der Aachener „Volksfreund":

„Bedauerlicherweise — es muß das einmal mit aller Deutlichkeit festgestellt werden — gibt es in neuerer Zeit keine Gelegenheit mehr, welche Gesinnungslumpen nicht zu lukrativer Tätigkeit benutzen; die Vertraulichkeit der Verhandlungen ist ehrenwörtlich geschützt, und danach ist das Urteil über ein solches Vorgehen leicht zu fällen. Im übrigen sind die Mitteilungen für jeden, der offenen Auges die Entwicklung betrachtet, so sonnenklar, daß die „Enthüllungen" wirklich billige Alltagsware darstellen."

Die billige Alltagsware ist also, daß das Zentrum an Heeresforderungen alles bewilligen wird, was verlangt wird und daß seiner Opposition gegen den Kanzler durch die Angst vor einer Reichstagsauflösung das Rückgrat gebrochen ist.

Die Kaiserin in Gmunden.

Auf dem Programm der Gmundener Kaisertage stand am Montag eine Fahrt der Herzogfamilie und ihrer Gäste nach dem Jagdschloß am Almsee. Das Jagdschloß „Hubertusau" am Almsee ist das schönste und größte der Jagdschlösser des Herzogs von Cumberland, von denen der Herzog in Oberösterreich vier besitzt. Das Jagdschloß hat dreißig mit aller Bequemlichkeit eingerichtete Zimmer und wird immer benutzt, wenn Gäste zur Jagd eintreffen. Bei seiner Ankunft im Sommer wird es auch der Deutsche Kaiser besichtigen. Das Schloß liegt in der sogenannten Habernau. Im jungfräulichen Gebiet, der sogenannten Hetzau, jagte vor Jahren der deutsche Kronprinz auf Gemsen. Die wildromantische Gegend am Almsee hat einen eigenen Reiz, der sich schwer beschreiben läßt. Die jäh aufstrebenden Berge von gewaltiger Höhe, welche die Gegend wie mit einer Riesenmauer umschließen, teilweise bei einer Wegbiegung ganz unvermittelt vor dem Talwanderer auftauchen, wirken fast beängstigend. Zurzeit deckt dort noch Schnee die ganze Landschaft. Das herzogliche Jagdrevier, das an Größe seinesgleichen sucht, umfaßt allein am Almsee einen Komplex von 21 000 Joch Jagdgründen, außerdem hat der Herzog noch die Reviere Schrattenau usw. und die Gemeindejagden des Almtales in Pacht.

Die Fahrt zum Jagdschloß Hubertusau.

Gmunden, 3. März. Heute vormittag 10 Uhr 30 Min. unternahmen die Kaiserin, das Herzogspaar von Cumberland, das Brautpaar, das Großherzogspaar von Mecklenburg-Schwerin und das Prinzenpaar Max von Baden im Automobil einen Ausflug nach dem herzoglichen Jagdgebiet am Almsee. Die Fahrt gestaltete sich zu einer großartigen Huldigung der Almtalbewohner. Die überall lebhaft begrüßten Fürstlichkeiten besuchten zuerst das Jagdschloß Aubach, wo das Essen eingenommen wurde, dann Hubertusau. Die Kaiserin sprach sich über den großartigen Empfang im Almtal und besonders den in Gaunden hocherfreut aus. Die Gäste sind von dem angenehmen Hofleben und der Schönheit der Gegend entzückt. Die Kaiserin verbietet sogar für die Nacht die Behinderung des Ausblicks durch die Fenster, da sie gleich bei Morgens die Berge sehen will.

Die Reise des Herzogspaares nach Potsdam.

Die Meldung Wiener Blätter über den Zeitpunkt des Besuches der Cumberlandschen Herrschaften am Hofe zu Potsdam sind falsch. Der Besuch ist nun mehr endgültig auf die Tage unmittelbar nach Ostern festgesetzt.

Die Abfahrt der Kaiserin verschoben.

Gmunden, 3 März. Der Kaiserin und der Prinzessin Viktoria Luise gefällt der Aufenthalt in Gmunden derartig, daß die Abreise auf Dienstag verschoben wurde.

Ein Telegramm des Kaisers an die Kaiserin.

Helgoland, 3 März. Der Kaiser sandte an die Kaiserin nach Gmunden eine Depesche, in der er sich sehr lobenswert über die Fortschritte der Befestigungsarbeiten auf Helgoland ausspricht.

Der Balkankrieg

wird, wenn nicht abermals Zwischenfälle sich ereignen, wahrscheinlich schon in allernächster Zeit bestimmt beendet sein. Die Türkei ist am Ende ihrer Kräfte angelangt, sie wird jedenfalls nunmehr selbst zur Abtretung Adrianopels bereit sein. Von mehreren Seiten wird offiziell und offiziös erklärt, daß die Pforte die Mächte ersucht hat, neue Friedensverhandlungen in die Wege zu leiten.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt in ihrer letzten Wochenschau: „Für die Klärung der Orientlage ist nunmehr ein voraussichtlich entscheidender Schritt erfolgt: die Türkei hat sich erfreulicherweise bereit erklärt, die Vermittlung der Großmächte zum Zweck des Friedensschlusses anzunehmen. Im Besitz dieser Mitteilung wenden sich die Mächte ungesäumt an die Regierungen des Balkanbundes, um festzustellen, ob diese, ebenso wie die Pforte, die Vermittlung Europas annehmen wollen. Man wird mit Rücksicht auf den sich überall geltend machenden Wunsch nach Wiederherstellung des Friedens erwarten können, daß auch die Balkanregierungen sich den Großmächten anvertrauen. Gelingt es, europäische Friedensverhandlungen endgültig in Fluß zu bringen, so darf man sich von dieser gemeinsamen Arbeit der Diplomatie auch eine günstige Rückwirkung auf die Lösung der von den Großmächten bisher noch nicht erledigten und ihre eigenen Interessen berührenden Fragen versprechen.

Über die Entdeckung einer Verschwörung in Konstantinopel.

veröffentlicht die Regierung ein Communiqué, in dem es heißt: „Die Untersuchung hat ergeben, daß eine Gruppe, der unter anderem der Sekretär des Prinzen Sabah Eddin, Lutfi Bei, ferner Sidki Bey aus Erzerum, Kaid aus Musch und ein gewisser Hassan angehörten, in dem Bureau des Prinzen zusammentrat, und eine Verschwörung anzettelte, um die gegenwärtige Regierung zu stürzen. In einer der letzten Versammlungen erklärte Lutfi, daß die Einsetzung eines Kabinetts aus Anhängern der Dezentralisation das einzige Mittel zur Rettung des Landes sei und daß bei einer derartigen Zusammensetzung des Kabinetts, selbst wenn Adrianopel fallen sollte, die Regierung den Abschluß des Friedens unter der Bedingung verbürgen könnte, daß Adrianopel neutralisiert würde. Die Regierung würde eine Anleihe von 50 Millionen Pfund erlangen. Es sei aber vor allem notwendig, die gegenwärtige Regierung zu stürzen. Die Versammlung beschloß, eine Massenkundgebung vor der Pforte zu veranstalten, die Politik des Kabinetts öffentlich zu tadeln, hierauf vor das Palais des Prinzen zu ziehen und dort zu verlangen, daß die Regierung abgesetzt und vor das Kriegsgericht gestellt, und daß ein Kabinett aus Anhängern der Dezentralisation ernannt werde. Der Beschluß der Versammlung faßte die Absicht in sich, die Mitglieder der Regierung und ihre Anhänger festzunehmen und sie an Bord eines bereitstehenden Schiffes zu bringen. Als Said und Hassan verhaftet wurden, fand man bei ihnen Skizzen von Gebäuden der Pforte und deren Umgebung, was ein Beweis dafür ist, daß sie beauftragt waren, die Durchführung der revolutionären Kundgebung in allen Einzelheiten auszuarbeiten. Sidki Bey, Mitglied der Partei der liberalen Entente in Erzerum, hatte die Aufgabe, in der dem hellenischen Staatsangehörigen Pantazis gehörigen Druckerei Aufrufe zu bestellen. Er wurde verhaftet, als er im Begriff war, Bomben bei dem dann gleichfalls verhafteten persischen Revolutionär Mehmed Ali zu bestellen. Lutfi und andere Komplicen sind flüchtig. Die Verhafteten werden dem Kriegsgericht übergeben werden.

Die Regierung soll die Überzeugung gewonnen haben, daß Lutfi, der Sekretär des Prinzen Sabah Eddin, das Haupt der Verschwörer war. Die Kundgebung sollte nach dem Fall Adrianopels und nach der Einnahme Gallipolis durch die Bulgaren stattfinden.

Sonstige türkische Meldungen.

Die Regierung beabsichtigt, die Offiziere, denen die Schuld in den Niederlagen von Kirkkilisse und Lüle Burgas beigemessen wird, vor ein Kriegsgericht zu stellen. Wie es heißt, werden sich auch der Kommandeur der Ostarmee Abdullah Pascha und der Kavallerie-Kommandeur Prinz Aziz Pascha zu verantworten haben. — Der Kreuzer „Hamidije" ist in den Gewässern von Rhodos angekommen. — Der Großwesir begab sich Sonntag früh nach San Stefano, um die Truppen zu inspezieren. Er kehrte nachmittags zurück und nahm an dem Ministerrate teil. — In Salonik sind über 300 Familien türkischer Offiziere aus Monastir und Uesküb eingetroffen. Sie befinden sich in größtem Elend und wurden teils in Herbergen untergebracht, teils nach Konstantinopel eingeschifft.

Ein amtlicher Kriegsbericht vom Montag besagt: Infolge des seit zwei Tagen herrschenden Sturmes und Schneewetters sind bei Bulair und an der Tschataldschalinie keine militärischen Operationen durchgeführt worden. Der Feind hat am Sonntag Adrianopel in Zwischenräumen bombardiert. Der Gesundheitszustand der Truppen ist trotz des schlechten Wetters ausgezeichnet.

Erschießungstod eines russischen Fliegeroffiziers in Adrianopel.

Wie Pariser Blättern aus Petersburg gemeldet wird, ist der bekannte russische Fliegeroffizier Nikolaus Kostine, der als Freiwilliger in der bulgarischen Armee diente, und bei einem Erkundungsfluge über Adrianopel in die Hände der Türken gefallen ist, auf Befehl des Stadtkommandanten Schükri Pascha als Spion zum Tode verurteilt worden. Kostine, der am 20. Februar infolge eines Motordefekts innerhalb des Festungsgürtels von Adrianopel landen mußte, ist dort wenige Tage später kriegsgerichtlich erschossen worden. Kostine ist, so viel bekannt geworden ist, das vierte Todesopfer unter den Fliegern, die im Balkankriege tätig waren.

Bulgaren beschossen neutrale Schiffe.

Nach Berichten von Reisenden, die am Sonntag in Konstantinopel angekommen sind, wurden am Sonnabend der italienische Dampfer „Monza", ferner ein Dampfer der Marseiller Gesellschaft Fraisinet und ein englischer Dampfer von bulgarischen Batterien beschossen, als sie Scharköj passierten. „Monza" sei schwer beschädigt aufgelaufen, der französische Dampfer habe ein Leck erhalten, das man jedoch zustopfen konnte, und dann seine Reise fortgesetzt.

Serbisches.

Der „Pravda" zufolge wurde General Bojovic zum Kommandeur des Belagerungskorps von Skutari ernannt. General Bojovic habe sich bereits dorthin begeben. Ein Teil der Reservisten des dritten Aufgebots werde zum Anbau der Frühjahrssaaten auf drei Wochen beurlaubt werden.

Strenges italienisches Regiment auf Rhodos.

Der Bürgermeister von Rhodos ist, wie aus Rom gemeldet wird, seines Amtes entsetzt und von der Insel verbannt worden, weil er an einer Kundgebung gegen die Besetzung der Insel durch die Italiener, bei der griechische Fahnen entfaltet worden waren, teilgenommen hatte.

Österreichisch-russische Abrüstungsverhandlungen.

Nach einem Drahtbericht des außerordentlichen Berichterstatters des „Matin" in St. Petersburg hätte die zwischen Österreich und Rußland getroffene Vereinbarung den Zweck, die Stärke zu konstatieren und bei den österreichischen und russischen Grenzregimentern annähernd auszugleichen. Dahingehende Abmachungen sind nunmehr getroffen worden und dürfte die Zurückziehung eines großen Teils der an der Grenze stehenden Truppen sofort beginnen. Aus österreichischen Generalstabskreisen hat der Wiener Korrespondent der „Voss. Ztg." bereits erfahren, daß umfassende Vorbereitungen für den Abtransport großer Truppenabteilungen von der galizischen Grenze getroffen wurden.

Vom Albanerkongreß.

Am Schluß der Sonntagssitzung erklärte der Präsident Hil Mosli es für notwendig, daß der selbstständige neue Staat Albanien sämtliche vier albanische Wilajets umfassen müsse, demnach auch die Gegenden, die gegenwärtig von Feinde besetzt seien.

In der Montagssitzung des Kongresses wurde ein auf das Ergebenheitstelegramm des Kongresses eingelaufenes Antworttelegramm des Ministers Grafen Berchtold verlesen, in dem der Minister seinen Dank und seine Wünsche für das Gedeihen Albaniens und des albanischen Volkes ausspricht. Sodann wurden die Besprechungen über die Abgrenzung Albaniens fortgesetzt.

Politische Übersicht.

Österreich-Ungarn. Auch eine österreich-ungarische Militärvorlage ist demnächst zu erwarten. Der „Frankf." Ztg." wird aus Wien gemeldet „Über die neue Militärvorlage, die zweifellos noch im Laufe dieser Woche an das Parlament gelangt, werden an zuständiger Stelle präzise Mitteilungen nicht gemacht. Die Angaben über das notwendige Erfordernis schwanken zwischen 15 000 und 30 000 Mann. Nach der einen handelt es sich nur um die Ergänzung dessen, was das jetzige Wehrgesetz unerledigt gelassen hat, das von den leitenden militärischen Faktoren als „elender Brocken" bezeichnet war. Nach der anderen aber muß der inzwischen geänderten Weltlage, die gerade Österreich stärker bedroht, als jede andere Macht, auch in erhöhtem Maße Rechnung getragen werden. Wir vermuten, daß die letzteren Recht behalten werden, trotzdem die beiden Regierungen und die Parlamente schon jetzt vor der Aufgabe der finanziellen Deckung vollkommen ratlos stehen."

Italien. Immer noch Kämpfe in Tripolis. In der Nacht von Freitag auf Sonnabend griffen, nach der „Agenzia Stefani", einige hundert Rebellen das Fort Buagilah an, wurden jedoch von den italienischen Truppen unter starken Verlusten in die Flucht geschlagen. Auf Seiten der Italiener fielen zwei Askaris; ein Major von den Bersaglieris wurde leicht verwundet. Die Rebellen ließen 35 Tote, darunter zwei Anführer, auf dem Kampfplatze zurück, andere Tote sowie zahlreiche Verwundete hatten sie bereits während des Kampfes fortgeschafft.

Frankreich. Wie aus Toulon gemeldet wird, ist der Marineminister dort eingetroffen, um den Schießübungen der Flotte beizuwohnen. Fast gleichzeitig traf im dortigen Hafen der englische Kreuzer „Hussar" mit dem Ersten Lord der Admiralität, Winston Churchill, ein. Man glaubt, daß die beiden Marineminister eine Zusammenkunft haben werden. — Im Zusammenhange mit der Touloner Besprechung der beiden Marineminister ist in unterrichteten Kreisen von der unmittelbaren Ausgestaltung des französischen Flottenprogramms die Rede. Es würde sich darum handeln, die Zahl der großen Linienschiffe von 36 auf mindestens 40 zu bringen.

Nord- und Mittelamerika. Die Wirren in Mexiko nehmen kein Ende. Mehrere Gruppen von Gefangenen, die während des Revolutionskampfes in der Stadt Mexiko aus dem Gefängnis geflohen, aber wieder ergriffen worden waren, überfielen während des Transportes ins Gefängnis ihre Wächter, die drei Gefangene niederschossen und fünf verwundeten. Die Zapatisten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319130305-14/fragment/page=0002

griffen einen Militärzug in der Nähe von Ajusco an. Der Kampf dauerte eine Stunde. Fünfzig Mann von den Bundestruppen sind gefallen. — Der Finanzminister hat dem Kongreß eine Botschaft zugehen lassen, in welcher er um die Ermächtigung nachsucht, zwei Anleihen aufzunehmen, und zwar eine von 100 Millionen Pesos im Auslande und eine weitere von 20 Millionen im Inlande. Die Botschaft ersucht den Kongreß, schleunigst die Regierung zu ermächtigen, die Anleihen zu den besten erreichbaren Bedingungen aufzunehmen. — Ein Zwischenfall an der Nordgrenze kommt auch noch zu allem andern hinzu. Soldaten der mexikanischen Bundestruppen an der Grenze schossen von mexikanischem Gebiet auf vier amerikanische Offiziere, die sich auf amerikanischem Gebiet in der Nähe von Douglas (Arizona) befanden. Eine Abteilung Neger-Kavallerie erwiderte das Feuer und schlug, verstärkt von zwei anderen Truppenabteilungen, die mexikanischen Soldaten in die Flucht. Nach weiteren Meldungen kämpften bei dem Zusammenstoß zwischen mexikanischen und amerikanischen Soldaten auf Seiten der Mexikaner 60, auf Seiten der Amerikaner anfangs 16 Mann. Sechs Mexikaner wurden getötet und mehrere verwundet. — Unruhen in Venezuela. Nach einem Telegramm aus Willemstadt (Curaçao) ist es im Staate Trujillo in Venezuela zu einem Aufstande gekommen. Juan Araujo und 800 Mann haben zu den Waffen gegriffen.

Deutschland.

Berlin, 4. März. Das Linienschiff „Kaiser" mit dem Kaiser an Bord sowie die Begleitschiffe trafen, wie schon gestern telegraphisch gemeldet, von Wilhelmshaven in der Nacht zum Montag vor Helgoland ein und warfen hinter der Düne Anker. Die Ankunft der Kaiserschiffe erfolgte 11 Uhr 15 Min. nachts bei schlechtem Wetter. Es herrschte Nebel bei Schnee und Regenfall. Montag früh ging ein frischer Südwest mit Regen bei sehr unruhiger See. Der Kaiser landete um ½12 Uhr vormittags mit kleinem Gefolge im Unterseebootshafen. Trotz schlechten Wetters ging er die Ostmole hinaus und fuhr mittels des Kaiserwagens ins Oberland, wo Besichtigung der Südgruppe der Befestigungswerke stattfand. Die weiteren Besichtigungen mußten aufgegeben werden. Um 12,25 mittags erfolgte die Rückfahrt an Bord des Linienschiffes „Kaiser". Unter dem Salut der Batterien an der Südspitze der Insel lichteten die Kriegsschiffe um 4¼ Uhr die Anker und nahmen den Kurs nach der Weser. Um 9½ Uhr abend traf der Kaiser an Bord des Linienschiffes „Kaiser" wieder in Wilhelmshaven ein.

— (Der Präsident des Herrenhauses) Freiherr v. Manteuffel, der frühere Landesdirektor der Provinz Brandenburg, hat, der „Kreuzzeitung" zufolge, einen Schlaganfall erlitten. Sein Zustand gibt zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß. Freiherr von Manteuffel ist 68 Jahre alt.

— (Aus parlamentarischen Kreisen) schreibt man uns: Auffallend war der schwache Beifall, den der Abg. Erzberger bei seiner neulichen marinefreundlichen Rede aus den Reihen seiner eigenen Parteigenossen erhielt. Es ist in den Reichstagskreisen ein offenes Geheimnis, daß die bayerischen Abgeordneten des Zentrums in den nationalen Fragen, Heer und Marine, wieder einmal sehr störrisch sind und daß von ihnen der eigentliche Widerstand gegen die in Aussicht genommene Militärvorlage ausgeht. Der Abg. Dr. Heim setzt von Bayern aus seinen Parteigenossen gehörig zu und sucht sie mobil zu machen für die Ablehnung der Militärforderungen. Es sind jedenfalls starke Strömungen im Zentrum vorhanden, die gegen die Regierung Front machen möchten und die es zum Kriege mit derselben und zur Auflösung des Reichstages treiben wollen. Aus diesem Umstande ergibt sich auch die Zwiespältigkeit des Auftretens des Zentrums zur Genüge, das sowohl in Marine wie in Heeresfragen hin- und hertaumelt zwischen scharfer Kritik und Abstrichen aller Art und andererseits frommer Militärbegeisterung. Schließlich dürfte aber wohl die jetzige Richtung Erzberger siegen!

— (Aus den Kolonien.) Eine Kolonialeisenbahn-Verkehrsordnung, die am 1. Juli in Kraft treten wird, ist vom Reichskanzler erlassen worden. Sie entspricht mutatis mutandis im wesentlichen der für die heimischen Eisenbahnen geltenden. Von Interesse ist u. a. folgende Bestimmung über das Öffnen der Fenster. Nur mit Zustimmung aller in demselben Abteil reisenden Personen dürfen die Fenster auf beiden Seiten des Wagens gleichzeitig geöffnet sein. Im übrigen entscheidet, wenn sich die Reisenden über das Öffnen und Schließen der Fenster nicht verständigen, der weiße Zugführer. Der Gouverneur kann bestimmen, ob und inwieweit in den Fällen, wo ein weißer Zugbeamter nicht vorhanden ist, die Anordnung des farbigen Zugführers solange gelten soll, bis die Entscheidung des weißen Aufsichtsbeamten der nächstfolgenden Station angerufen werden kann. — Der Ausfuhrzoll auf Paradiesvogelbälge und Federn ist, wie sich aus der im „Deutsch. Kolonialblatt" veröffentlichten Verfügung des Gouverneurs von Deutsch-Neuguinea, Hahl, ergibt, vom 1. Januar d. J. ab von 5 auf 20 Mark erhöht worden.

Provinz und Umgegend.

† Naumburg, 4. März. Oberbürgermeister Kraatz richtete beim Scheiden aus dem Amte im „Naumburger Tageblatt" folgende Abschiedsworte an die hiesige Einwohnerschaft: „Mit Ablauf des heutigen Tages stelle ich meine Tätigkeit als Bürgermeister dieser Stadt, die ich 24 Jahre hindurch mit Lust und Liebe ausgeübt habe, ein. — Allen denen, die mir im Laufe dieser Jahre ihr Vertrauen und ihr Wohlwollen entgegengebracht und erhalten haben, danke ich dafür von ganzem Herzen. — Der Stadt, der ich mein ganzes Wissen und Können gewidmet, in deren Dienst ich meine Gesundheit verloren habe, gehört mein ganzes Herz für alle Zeiten; ihr wünsche ich bei meinem Scheiden aus dem Amte eine stete gesunde Weiterentwickelung, ihren Bewohnern dauerndes Wohlergehen, beiden aber Gottes Schutz und reichsten Segen für alle Zukunft. Naumburg a. S., den 28 Februar 1913. Der Oberbürgermeister Kraatz." — Der am Freitag abend in der „Reichskrone" zu Ehren der beiden aus ihren Ämtern scheidenden Oberbürgermeister Kraatz und Bürgermeister Reißbrodt stattgefundene Kommers war aus allen Kreisen der Einwohnerschaft außerordentlich stark besucht, besonders waren auch die Herren vom Magistrat, Vertreter der Zivilbehörden und zahlreiche Herren vom Offizierkorps in Uniform erschienen. Der ganze Verlauf des Kommerses war eine großartige Ovation für die scheidenden Bürgermeister. — Sonnabend vormittag erfolgte in außerordentlicher Stadtverordnetensitzung die feierliche Einführung des zweiten Bürgermeisters Becker durch den Königlichen Landrat Frhrn. v. Schele, der als Kommissar der Regierung mit der Einführung beauftragt war.

† Bernburg, 3. März. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend nachmittag am Bahnübergang in der Parkstraße beim Friedhof 2. Ein Fuhrwerk der hiesigen Aktienbrauerei wurde von einer Rangiermaschine erfaßt und vollständig zertrümmert. Die beiden Pferde, wertvolle Tiere, waren sofort tot. Der Kutscher, Vater einer zahlreichen Familie, trug so schwere Verletzungen davon, daß er auf dem Wege zum Krankenhause verstarb. — Gestern nachmittag erfolgte auf einem Grundstück in der Luisenstraße hier die Explosion eines Acetylen-Behälters, bei der ein zwanzigjähriger Mann getötet wurde.

† Quedlinburg, 4. März. In der Sitzung des Kreistages des Landkreises Quedlinburg fand die Errichtung zweier Stiftungen zum Regierungsjubiläum des Kaisers die Genehmigung. Für das in Magdeburg-Cracau im Anschluß an die Pfeifferschen Stiftungen zu errichtende Handwerkerheim für verkrüppelte Lehrlinge wurden 1000 Mark bewilligt, ferner 4000 Mark für das Erholungsheim für Frauen und Kinder, das der Kreisverein Quedlinburg des Vaterländischen Frauenvereins in Friedrichsbrunn im Harz errichten will.

† Weimar, 3. März. Im Sinne des Heimatsschutzes erläßt das weimarische Staatsministerium an die zuständigen Behörden folgende Bekanntmachung: „Die jüngst durch die Lokalpresse verbreitete Nachricht, daß die in der Nähe des Bahnhofs Markshuhl gelegene Linde dem Absterben entgegenginge, gibt uns Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß es doch im Interesse der einzelnen Gemeinden liegt, derartigen charakteristischen Gebilden der Pflanzenwelt ebenso wie anderen Naturdenkmälern eine besondere Pflege und einen erhöhten Schutz angedeihen zu lassen. In der Regel wird es möglich sein, ohne erhebliche Aufwendungen nach sachverständiger Anleitung etwaigen Beschädigungen solcher Bäume rechtzeitig vorzubeugen, oder ihre Wirkung derartig abzuschwächen, daß die Erhaltung des Baumes für absehbare Zeit nicht in Frage gestellt wird. Alles, was einer Ortschaft ein charakteristisches Gepräge verleiht, was gewissermaßen als ihr Wahrzeichen betrachtet werden kann, sollte den Gemeindeangehörigen so lieb und vertraut sein, daß sie die geringe Mühe und die geringfügigen Aufwendungen, die die Erhaltung solcher Gegenstände erfordert, nicht scheuen sollten." — Nach einer Bekanntmachung des großherzoglich-sächsischen Staatsministeriums werden in allen Schulen des Landes am 10 März bei ausfallendem Unterricht die Schüler in einer Schulfeier auf die Bedeutung der vor 100 Jahren erfolgten Erhebung des deutschen Volkes hingewiesen werden.

† Eisenach, 4. März. Das bekannte Berghotel „Bellevue" oberhalb Ruhla ist vollständig niedergebrannt.

† Jena, 3. März. In der Nähe des hiesigen Amtsgerichts ist gestern am hellen Tage wieder ein Raubanfall verübt worden. Ein Unbekannter näherte sich einer Dame und entriß dieser eine Handtasche, nachdem er den Henkel derselben durchschnitten hatte. Die Tasche enthielt eine Börse mit 8 Mk. Der Spitzbube ist noch nicht ermittelt.

† Leipzig, 4. März. Der Lokomotivführer Morgner, der am 28. September v. J. im Zusammenhang mit dem Gaschwitzer Eisenbahnunglück, bei dem drei Personen getötet und mehrere zum Teil schwer verletzt wurden, zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war, ist vom König begnadigt worden. Er braucht den Rest der Strafe nicht abzusitzen. — Gestern nachmittag gegen ½4 Uhr wurden in L. Sellerhausen an der Torgauer Straße ein drei- und ein vierjähriger Knabe auf dem Damm der dort vorüberfahrenden Verbindungsbahn Bayrischer Bahnhof—Hauptbahnhof von einem Zuge erfaßt und mit großer Gewalt vom Bahndamm herabgeschleudert. Durch den Stoß der Lokomotive wurden die Kinder wohl schon getötet, jedenfalls war der Tod schon eingetreten als man sie am Fuße des Bahndamms auffand.

† Braunschweig, 3. März. Der Landtag bewilligte eine Million Staatsbeihilfe zu den von der Stadt Braunschweig aufzubringenden 1360000 Mark für den Umbau des Staatsbahnhofs. Die Gesamtkosten des Baues betragen 30 Millionen.

Das Attentat auf ein Automobil bei Berlin.

Der Anschlag, der, wie gemeldet, am Sonntag abend in der zehnten Stunde auf der Chaussee zwischen Marwitz und Hennigsdorf aus das Automobil des in Berlin wohnenden Juweliers Rud. Plunz verübt wurde und bei dem Herr und Frau Plunz getötet wurden, ist noch nicht völlig aufklärt. Juwelier Plunz befand sich mit seiner Familie auf der Rückkehr von einem Automobilausflug aus der Umgegend Berlins, als auf der genannten Chaussee der Kraftwagen gegen ein Drahtseil rannte, das quer über die Landstraße gespannt war. Der Juwelier und seine Frau wurden von dem Seil stranguliert und sofort getötet und die neunzehnjährige Tochter verletzt. Der Anschlag ist nicht, wie man zuerst annehmen konnte, ein gewissenloser Bubenstreich, auch nicht der Racheakt eines fanatischen Automobilfeindes, sondern allem Anschein nach

ein Raubattentat

sorgfältig vorbereitet und in einer Art ausgeführt, wie es in der Kriminalgeschichte ohne Beispiel dasteht. Wie übrigens eine neuere aus Berlin zugegangene Meldung besagt, sind die Verletzungen der 19jährigen Tochter Else des Juwelierpaares Plunz nicht lebensgefährlich, jedoch hat man ihr den Tod ihrer Eltern noch nicht mitgeteilt. Das Drahtseil, das über die Chaussee gespannt war, war etwa dreißig Meter lang und mehr als fingerdick, wie man es für Fahrstühle oder auf Schiffen verwendet. Das Seil war übrigens nicht zerrissen. Herr Plunz war in voller Geschwindigkeit gegen das Seil gefahren, so daß es ihm die Kehle vollständig aufriß. Frau Plunz war das Seil gerade über die Augen gegangen; sie hat sich vermutlich beim Sturz aus dem Wagen das Genick gebrochen. Das Automobil ist verhältnismäßig nicht stark beschädigt. Von zwei verdächtigen Personen war einer bereits verhaftet worden. Der Verdacht gegen dieselbe bestätigte sich aber nicht. Der Inhaber einer Tonwarenfabrik in Marwitz hat angezeigt, daß das Drahtseil am 19. Februar von einem Arbeiter, der vor der Fabrik stand, gestohlen worden ist.

Hohe Belohnung für die Auffindung der Täter.

Zur Auffindung der Täter hat der Regierungspräsident von Potsdam eine Belohnung von 1000 Mark, der kaiserliche Automobilklub eine Belohnung von 3000 Mark und die Automobilfirma Opel eine solche von 500 Mk. ausgesetzt. Auch andere große Automobilfirmen werden in den nächsten Tagen sich mit namhaften Beiträgen anschließen. Endlich kursiert bei den Besitzern von Privatautos, die sich durch das entsetzliche Verbrechen bedroht fühlen, eine Sammelliste, die voraussichtlich mindestens 15000 bis 20000 Mark ergeben wird und gleichfalls zur Auffindung der Täter und zu Belohnungen bestimmt ist. Es ist festgestellt, daß es sich um einen lang vorbereiteten Raubüberfall handelt. Der Polizeihund, der auf die Strecke gesetzt worden ist, hat dreimal einen Platz in der Nähe der Unfallstelle verbellt, an dem die Täter offenbar den Erfolg ihres Anschlags abgewartet haben. An der Ausübung ihres Raubes sind sie nur dadurch gehindert worden, daß das zweite Automobil sofort hinterher kam. Bei Hennigsdorf hat der Polizeihund die Spur trotz mehrfacher Versuche verloren. Ein Fuhrwerksbesitzer hat sich gemeldet, der sechs bis acht Minuten vor der Katastrophe die Chaussee passiert hat; das Seil hat sich zu der Zeit also noch nicht an den Bäumen befunden. Von den drei verhafteten polnischen Arbeitern ist der eine entlassen worden, weil er sein Alibi nachweisen konnte, die beiden andern, ein Arbeiter Arndt aus Markwitz und Pischarsky aus Heiligensee sind in Haft behalten worden. Arndt arbeitete in jenem Tonwerk, in dem das Drahtseil gestohlen worden ist, mit dem der Anschlag verübt wurde.

Nach einer späteren Meldung mußten die bisher Verhafteten alle wieder entlassen werden. Die Opelwerke haben den Kriminalbeamten Kraftwagen zur Verfügung gestellt, mit denen die Nachforschungen in den verschiedenen Ortschaften angestellt werden.

Vermischtes.

* (Millionen-Veruntreuungen.) Großes Aufsehen erregt in Prag die Flucht des Generaldirektors der Prager Papierfabrik Aktiengesellschaft, Dr. Götzl, der übrigens auch als Komponist bekannt ist. Götzl hat sich Unregelmäßigkeiten im Betrage von 1½ Millionen zu Schulden kommen lassen, er trieb nicht nur bedeutenden Aufwand, sondern hatte auch in letzter Zeit große Börsenspekulationen getrieben, die ihm Verluste brachten.

* (Neue Schreckenstat Newyorker Automobilbanditen.) Drei Automobilverbrecher, die mit Revolvern und Betäubungsmitteln ausgerüstet waren, überfielen um Mitternacht auf dem Broadway einen Juwelier und raubten ihm Juwelen im Werte von 9000 Dollar. Nach einem Revolverkampf mit Polizeibeamten entflohen die Verbrecher, wobei sie sich nacheinander zweier Automobildroschken bedienten. In der ersten ließen sie einen Teil ihrer Beute im Werte von 7000 Dollar liegen.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Reklameteil.

Fay's ächte
Sodener Mineral-Pastillen
werden aus den Heilquellen III u. XVIII der Gemeinde Bad Soden am Taunus hergestellt, die sich
seit Jahrhunderten
bei Husten, Heiserkeit, Bronchialkatarrh
vorzüglich bewährt haben.
Nachahmungen weise man zurück. Preis 85 Pfg. per Schachtel überall erhältlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319130305-14/fragment/page=0003

Gesangbücher

kaufen Sie vorteilhaft bei

Kurt Karius, Papierhandlung, Brühl 4.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Dr. Thompson's Seifenpulver

(Schutzmarke Schwan)

eignet sich nicht nur zum Waschen, sondern wird auch vorteilhaft verwendet beim Putzen, Scheuern und Abseifen. Es ist daher im Haushalt

unentbehrlich

Vorzüge der Knorr-Suppenwürfel:

Hervorragende Qualität: Jede Sorte hat den richtigen Eigengeschmack, von hausgemachten Suppen nicht zu unterscheiden.

Hoher Nährwert: Die in der Suppe gut aufgelösten Nährstoffe werden vom Körper viel besser ausgenützt als feste Speisen.

Reiche Auswahl: Es gibt 45 Sorten Knorr-Suppen, passend für jeden Geschmack.

Grosse Ausgiebigksit: 1 Würfel reicht für 3 gute Teller Suppe.

Billiger Preis: 1 Würfel (3 Teller) 10 Pf.

„Ich litt seit 3 Jahren an gelblichem Ausschlag mit furchtbarem

Hautjucken.

Durch ein halbes Stück **Zucker's Patent-Medizinal-Seife** habe ich das Übel völlig beseitigt. H. S., Polizei-Serg." a St. 50 Pf. (15%ig) u. 1,50 Mk. (35%ig, stärkste Form). Dazu **Zucoob-Creme** (a 50 Pf., 75 Pf. 2c.). Bei **W Kiesslich** und **R Zupper**, Drogerien.

Liebling-

Seife aller Mütter ist die echte

Steckenpferd-Buttermilch-Seife

von **Bergmann & Co., Radebeul,** denn sie ist die **beste Kinder-Seife,** da äußerst mild und wohltuend für die empfindlichste Haut. Stück 30 Pf. bei **W Fuhrmann, Franz Gerfurth Rich Zupper**

Ernst Rulffes.

Entenplan 4. — Fernruf 421.

Zur Konfirmation

empfehle alle Sorten

Schuhe u. Stiefel

bis zum elegantesten

A. Leber, Schuhmacherm., Neumarkt 17.

Plissee-Presserei,

flach und hoch, wird jederzeit sauber angefertigt

Herm. Baar sen., Markt 3

Zur Frühjahrsbestellung

empfiehlt

Drillmaschinen,

Dehnes Original und Zimmermanns verstellbare Löffel,

Kultivatoren, Acker- und Saateggen, Cambridge- u. Schlichtwalzen, in 5 Größen,

Ackerschlichten.

Ferner **Schrotmühlen,**

Stilles Patent, beste Mühle der Jetztzeit.

B. Bornschein, Lauchstedt,

Maschinenfabrik.

Nähmaschinen

Reparaturen führt sachgemäß aus **J. Baar, Merseburg, Markt 8**

Jurgens & Prinzen G. m. b. H., Goch (Rhld.)
Fabrikanten der altbewährten Marke /// **SOLO** in Carton.

Fahrräder

Solide Ausführung. — **Panther - Express - Mars - Möve** sowie **Ersatz- und Zubehörteile** in grosser Auswahl. — **Reparaturen jeder Art.** — Niedrige Preise.

Merseburg. Max Schneider. Mechanikermstr. **Schmale Str. 10.**

Weihnachtsfangbücher

Goldpunkt

wird überall so gern gekauft, weil jedes Paket ein brauchbares Geschenk enthält! —

Alleiniger Fabrikant auch der so beliebten Schuhcrème „Nigrin": Carl Gentner, Göppingen.

Künstler-Redoute in Halle a. S.

veranstaltet von den Bühnenkünstlern des Stadt-Theaters Halle a. S.

am Donnerstag den 6. März d. J.

abends 8½ Uhr

in den gesamten Räumen des Neumarkt-Schützenhauses.

Konzert. Salomé-Parodie. Kabarett. Zirkus.

Ball. Herrenkarte 3,–. Damenkarte 2,–. Bestellungen nimmt entgegen Arbeitskomitee der Redoute.

J. A.: **W. Braune, Halle a. S.**
Gr. Steinstraße 56, II.

Von Mittwoch den 5. d. M. ab stehen wieder **große Transporte erstklass. hochtragender und frischmelkender**

Kühe u. Kalben

(verschiedener Rassen) dabei Zugvieh, sowie eine Auswahl

bester bayrisch. Zugochsen

bei uns zum Verkauf.

Gustav Daniel & Co.,

Weissenfels a. S. **Telephon 57.**

Hierzu 2 Beilagen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319130305-14/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Correspondent"

Nr. 54 Mittwoch den 5. März 1913.

Erste Beilage.

Deutschland.

— (Ein Angriff auf die Abgeordneten-immunität.) Wegen der Enthüllung des sozialdemokratischen Abg. Fischer im Reichstag, daß der Versuch des Staatssekretärs Delbrück, amtliche Wahlurnen einzuführen, an dem Widerstand des Herrn v. Dallwitz gescheitert sei, schwebt ein Disziplinarverfahren. Abg. Fischer ist, wie der „Vorwärts" berichtet, vor den Richter zitiert worden, um als Zeuge gegen den „noch unbekannten" Vertrauensbrecher vernommen zu werden. Fischer lehnte aber unter Berufung auf Artikel 30 der Reichsverfassung jede Aussage ab. Aber er hatte damit bei dem vernehmenden Richter kein Glück, nach dessen Auffassung dieser Artikel 30 der Reichsverfassung: „Kein Mitglied des Hauses darf zu irgendeiner Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung des Berufes gelanen Äußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung gezogen werden." Der Artikel unterscheidet also ausdrücklich zwischen gerichtlicher und disziplinarischer Verfolgung und der sonstigen Zurverantwortungziehung. Man könnte also annehmen, daß damit die Abgeordneten in bezug auf ihre parlamentarische Redefreiheit genügend geschützt und vor staatsanwaltlichen Belästigungen gesichert seien. Das Berliner Kammergericht als oberste Instanz ist aber zu der Entscheidung gekommen, daß es keine „Zurverantwortungziehung" sei, wenn ein Abgeordneter unter dem Druck des Zeugeneides gezwungen werden soll, Aussagen über die seinen Ausführungen im Reichstage zugrunde liegenden Tatsachen zu machen. Selbst wenn der Abgeordnete unter die drohende Perspektive gestellt werde, bei Verweigerung des Eides bis zu sechs Monaten ins Gefängnis wandern zu müssen, so sei auch das noch keine „Zurverantwortungziehung". Abg. Fischer verweigert jedenfalls sein Zeugnis auf Grund des § 54 der Strafprozeßordnung, weil je nach Beantwortung der Frage bezw. nach Lage der Sache er selber sich in Gefahr der strafrechtlichen Verfolgung aussetzen könnte.

— (Die Frau als Schöffe und Verteidigerin.) Bei der Beratung des Gesetzes über das Verfahren gegen Jugendliche ist im Reichstage die Frage erörtert worden, ob nicht auch Frauen als Schöffen bei den Jugendgerichten zugelassen werden sollten. Der Entwurf erwähnt nur beiläufig im § 5, daß Frauen zu den Personen gehören, die als Fürsorger für Jugendliche bestellt werden können. In der „Deutschen Juristen-Zeitung" wird jetzt die Frage untersucht, ob nicht die Frau auch als Verteidigerin in Frage käme. Nach den gesetzlichen Bestimmungen könne schon heute eine Frau bei Verhandlungen gegen Jugendliche als Beistand zugezogen werden. Aber nach der bisherigen Übung der Gerichte sei anzunehmen, daß es seltene Ausnahmen sein werden, in denen eine Frau als Verteidigerin vor die Schranken des Gerichts treten wird. Es hätte sich daher empfohlen, daß der Gesetzgeber die Gerichte darauf hingewiesen hätte, in geeigneten Fällen, namentlich wenn weibliche Jugendliche abgeurteilt werden sollen, auf die Wahl eines weiblichen Beistandes Bedacht zu nehmen. Es heißt in der genannten Zeitschrift zutreffend: „Bei dem Unterschied zwischen männlichem und weiblichem Seelenleben ist eine Frau als Verteidigerin für Kinder und weibliche Angeklagte im jugendlichen Alter eine Notwendigkeit. Ein Vergehen, bei dem geschlechtliche Momente, Putzsucht, Eitelkeit usw. als Beweggründe eine Rolle spielen, wird von einer Frau, namentlich einer Mutter, anders beurteilt werden, als von einem Manne, besonders wenn er unverheiratet oder in kinderloser Ehe verheiratet ist. . . Der große Menschenkenner Shakespeare hat im „Kaufmann von Venedig" eine Frau als Verteidigerin vor Gericht auftreten lassen, sicher nicht nur aus Gründen der Technik des Dramas."

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 3. März.) Im Reichstag wurde am Montag die Beratung des Marineetats fortgesetzt. Abg. Noske (Soz.) richtete heftige Angriffe gegen die Mehrheitsparteien wegen ihrer Rüstungstreibereien. Dabei nahm er sich besonders den Abg. Erzberger aufs Korn, dem er auch seine merkwürdige Wandlungsfähigkeit vorhielt. Schließlich trat er für eine Verständigung zwischen den Großmächten und für die Abrüstung ein. Seine Freunde würden dem Protest gegen das Wettrüsten sichtbaren Ausdruck durch die Ablehnung des Marineetats geben. Staatssekretär v. Tirpitz trat verschiedenen Ausführungen des Vorredners entgegen. Er bestrite, daß bei einem nationalen oder internationalen Seemannsstreik die Marineverwaltung allerdings mit ihren Mannschaften eingreifen werde. Weiter betonte er, daß die Bewilligung von Mitteln für die „Hohenzollern" keinen Verstoß gegen die Verfassung bedeute. — Abg. Dr. Struve (Fortschr. Vp.) trat noch einmal für eine Besserstellung der Deckoffiziere ein, denen auch die Strafgewalt übertragen werden müsse. Abg. Erzberger (Z.) wandte sich gegen die Angriffe des Abg. Noske. Er forderte, daß die Wehrkraft Deutschlands so stark sein müsse, daß es auch jeder Kombination von Mächten gewachsen sei. Dann folgte noch einmal Abg. Noske mit neuen Angriffen auf das Zentrum. Der Schluß seiner Rede ging unter in minutenlanger stürmischer Heiterkeit, als er der Regierung vorwarf, daß sie fortwährend gegen die Grundsätze der Sozialdemokratie aufs schroffste verstoße. Damit schloß die Aussprache. Bei der Abstimmung wurde der neue Departementsdirektor abgelehnt; angenommen wurden u. a. die fortschrittlichen Anträge auf Vereinfachung des Marineverwaltungsbetriebes und auf Berücksichtigung der Berufsorganisationen der Hausarbeiter bei Lieferungen. In der Einzelberatung wurden die Resolutionen der Budgetkommission angenommen, die eine Verbesserung der Gesamtstellung der Deckoffiziere und die Einführung der zweijährigen Dienstzeit für Marineinfanterie und Matrosenartillerie fordert. Der Antrag Heckscher (Fortschr. Vp.), der die von der Kommission gestrichenen Auslandszulagen für den Marineattachee in Buenos Aires wiederherstellen wollte, wurde abgelehnt. Beim Kapitel Bekleidung gab es eine längere Debatte über die Ausbeutung der für die Marineverwaltung tätigen Heimarbeiterinnen. Der Sozialdemokrat Brandes-Halberstadt brachte dann eine Fülle von Beschwerden vor über die Arbeiterverhältnisse auf den Werften und über die politische Bevormundung der Arbeiter und Angestellten. Der Staatssekretär erwiderte, daß er Friedensstörer in seinen Betrieben unter keinen Umständen dulden könne. Zum Schluß ging Abg. Weinhausen (Fortschr. Vp.) ausführlich auf Wünsche und Beschwerden der Angestellten und Arbeiter ein. Er hob jedoch hervor, daß der Staatssekretär in bezug auf die soziale Fürsorge für seine Angestellten einen Weitblick bewiesen habe, der den Leitern anderer Ressorts als Vorbild dienen könnte. Die Weiterberatung wurde dann auf Dienstag vertagt.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 3. März.) Das Abgeordnetenhaus begann am Montag die zweite Lesung die Tarife ermäßigt und die allgemeinen Interessen den gemeine Debatte über die finanztechnischen und wirtschaftlichen Fragen des Eisenbahnetats statt. Abg. Graf v. d. Gröben (f.) wandte sich, nach einem Lob auf die Tüchtigkeit des Eisenbahnministers, gegen eine falsche Sparsamkeit, d. h. gegen eine Sparsamkeit bei der Anschaffung neuer Betriebsmittel, aber auch gegen zuweitgehende Tarifermäßigungen. Mit Freude konstatierte er, daß die preußischen Eisenbahnen in bezug auf die Betriebssicherheit immer noch an der Spitze der Welt marschieren. Auch Abg. Schmedding (Z.) trat für eine Vermehrung des Wagenparks und für eine Verbesserung der Bahnhofsbauten ein. Die Ursache vieler Betriebsunfälle sah er im übermäßigen Alkoholgenuß, er befürwortete daher Maßnahmen zur Förderung der Enthaltsamkeit unter den Eisenbahnangestellten. Im übrigen trat er mit großer Lebhaftigkeit für eine Ermäßigung der Fahrpreise für die 1. Wagenklasse ein. Gegen eine deutsche Eisenbahngemeinschaft waren seine Bedenken beinahe noch größer, als die Bedenken des konservativen Redners. Abg. Dr. Macco (nl.) will von einer deutschen Eisenbahngemeinschaft gleichfalls nichts wissen, redete aber dem Ausbau der Wagengemeinschaft zu einer allgemeinen Betriebsmittelgemeinschaft das Wort. Wie all diese Redner, machte sich auch Frhr. v. Zedlitz (fk.) zum Fürsprecher einer durchführbaren Besserstellung des großen Heeres der Eisenbahnbeamten und -Arbeiter. In längerer Rede ging dann Eisenbahnminister v. Breitenbach auf alle diese Anregungen meist zustimmend ein. Nur bei der Frage der Tarifermäßigungen trennte er sich von dem konservativen Sprecher. In Fällen besonderer Notwendigkeit, so zum Beispiel im letzten Winter zur Fleischversorgung der Großstädte müßten eben des Eisenbahnetats. Zunächst fand eine allSonderinteressen vorangestellt werden. Als nächster Redner kritisierte Abg. Dr. Pachnicke (Fortschr. Vp.), daß fortgesetzt Millionen und Abermillionen im Ausgleichsfonds aufgespeichert werden, während auf der anderen Seite das Finanzministerium auf die Steuerzuschläge nicht verzichten zu können vorgibt. Die Aufhebung der Steuerzuschläge, die ja nur als Provisorium bewilligt seien, sei um so notwendiger, als das Reich in diesen Friedenszeiten mit einer Kriegssteuer an das Volk branzutreten beabsichtige. Dr. Pachnicke brachte ferner eine Fülle von Einzelwünschen vor. So wünschte er Schlafwagen dritter Klasse, die Einführung der elektrischen Beleuchtung der Eisenbahnwagen, eine Reform der Fahrkartensteuer unter Schonung der 3. und gänzlicher Freilassung der 4. Klasse und schließlich die Einführung der elektrischen Zugförderung auf der Berliner Stadtbahn. Für die am Dienstag bevorstehende Abstimmung in der Kommission sei eine Mehrheit für dieses Gesetz gesichert. Abg. Ströbel (Soz.) forderte vor allem die Abschaffung der ersten und bessere Ausstattung der vierten Klasse. In der weiteren Debatte trug Abg. Hammer (f.) Handwerkerwünsche vor, Abg. Herold (Z.) forderte Aufhebung der Ausnahmetarife für Mais und Futtergerste, und der Abg. Dr. Friedberg (nl.) bekämpfte wie Dr. Pachnicke die Steuerzuschläge und die jetzige Finanzpolitik der Eisenbahnverwaltung überhaupt. Vom Regierungstisch griffen nochmals Minister v. Breitenbach und Finanzminister Dr. Lentze in die Debatte ein. Minister v. Breitenbach wehrte sich gegen eine Anregung des Abg. Ströbel, die 4. Wagenklasse in die Schnellzüge aufzunehmen, während der Finanzminister vor allem die von Dr. Friedberg befürwortete Quotisierung der Steuerzuschläge als verhängnisvoll und allen Grundsätzen der Sparsamkeit entgegenstehend bekämpfte. Am Dienstag geht die Debatte weiter.

Volkswirtschaftliches.

)(Neuprägung von Nickelmünzen. Durch Bundesratsbeschluß ist die Reichsregierung ermächtigt Fünfpfennigstücke im Betrage von 3 Millionen Mark auszuprägen. Die Prägung wird nach Bedarf innerhalb der nächsten 3 Jahre ausgeführt werden. Die

---

Die Geschwister.

Roman von H. Courths-Mahler.

(41 **Fortsetzung.**) **(Nachdruck verboten.)**

Sie merkte sehr wohl, daß Herbert sehr blaß aussah und oft an nervösen Verstimmungen litt. Der glückstrahlende Frohsinn, der ihn seit den seligen Tagen in Rocca di Papa beherrschte, schien wie fortgewischt. Ahnungslos, was in ihres Mannes Seele vorging, suchte sie vergeblich nach dem Grund zu seinem verstimmten Betragen.

Er trug die quälenden Zweifel still mit sich herum und sein Benehmen Gabi gegenüber war sehr wechselvoll. Überströmte er sie heute mit zärtlicher Glut, so hielt er sich morgen von ihr fern und wich ihr aus. Frug sie ihn mit liebevoller Dringlichkeit, was ihm fehle, so fertigte er sie mit Ausreden ab. Er wurde sogar einige Male unfreundlich zu ihr.

Eines Tages, als Fred mit seiner Frau bei ihnen zu Tische war, sprach man über Römer. Fred erzählte, daß Heinz kaum noch außerdienstlich für ihn zu sprechen wäre und sich von allen zurückzöge.

„Das ist wohl verständlich, Fred. Römer ist doch in Trauer um Ingeborg," sagte Gabi.

„Ach, das ist ja Unsinn. Deshalb braucht er sich nicht förmlich zu verkriechen. Er soll doch versuchen, wieder fröhlich zu werden im Kreise seiner Kameraden. So tief war doch seine Liebe zu Ingeborg nicht, da wollen wir uns doch nichts weiß machen. Hinter seiner Kopfhängerei muß doch noch etwas anderes stecken."

Fred sah dabei Gabriele forschend an. Sie erfaßte seine Gedanken und wurde glühend rot, sehr gegen ihren Willen. Und als sie in diesem Augenblick ihres Mannes Blick forschend auf sich gerichtet sah, wurde sie noch röter. Sie wußte selbst nicht, warum. Es war wohl Unmut über Freds deutlich zur Schau getragenen Verdacht, daß er Heinz Römers „Kopfhängerei" mit ihr in Verbindung brachte. Sie war ärgerlich auf sich und Fred. —

Dieser war längst wieder zu einem anderen Thema übergegangen. Er neckte sich mit seiner Frau. Die beiden waren sehr glücklich in ihrer fröhlichen, sorglosen Ehe. Für sie war alle Tage Sonnenschein. Von Sorgen oder Ärgernissen waren sie verschont. Sie waren auch beide viel zu leichtlebig und „wohlgemut, um sich das Leben schwer zu machen. Probleme gab es weder bei ihm, noch bei ihr zu lösen.

Wendheim war auffallend still und beteiligte sich nur wenig am Gespräch. Und Gabi fühlte sich sehr unbehaglich in Gesellschaft der beiden jungen Leute. Sie war sehr froh, als diese sich, lachend und fröhlich wie immer, endlich verabschiedeten.

Herbert war ans Fenster getreten und starrte düster hinaus. Gabriele trat zu ihm.

„Herbert, was ist dir nur wieder."

Er zog die Stirne kraus.

„Nichts, nichts."

„Du siehst so finster aus."

„Man kann doch nicht immer lachen wie dieses fidele Ehepaar."

„Sind dir die beiden unangenehm?"

„Nein doch, Herrgott — laß mich doch in Ruhe mit deinen Fragen."

Sie umfaßte seinen Arm und sah traurig in sein Gesicht.

„Herbert, manchmal meine ich jetzt, du hast mich gar nicht mehr lieb."

Er sah sie an. Sein Blick wurde weich. „Hältst du es für möglich, daß man einen Menschen, den man geliebt hat, nicht mehr lieben kann?"

Sie errötete leicht.

„Ja — unter gewissen Umständen."

„Und welche Umstände wären das?"

„Alle kann ich dir nicht aufzählen. Ich weiß nur aus eigener Erfahrung, daß man über einer zweiten Liebe die erste vergessen kann."

„Und schließlich vergißt man über der ersten wieder die zweite, wenn sie von neuem ersteht," sagte er gepreßt.

„Herbert, warum redest du so sonderbares Zeug?"

Sie hatte in haltlosem Schreck die Hände herabsinken lassen und in ihren Augen standen Tränen.

„Verzeih — ich wollte dich nicht kränken. Achte nicht auf mich, Gabi, ich bin ein wenig nervös und verstimmt."

Sie zwang ihre Tränen hinunter.

„Herbert, noch nie warst du so fremd und so sonderbar zu mir wie jetzt. Nicht einmal damals, als ich deinen Wert noch nicht erkannt hatte. Liebster, mir ist so angst — ich weiß nicht, was plötzlich zwischen uns steht. Aber ich fühle — es ist da. Willst du nicht offen zu mir sein? Trifft mich irgend ein Verschulden? Sag es schnell, damit ich es gut machen kann."

„Nein, nein. Ich bitte dich, miß meiner Verstimmung keine Bedeutung bei. Komm, ich bin schon wieder vernünftig. Zank mich aus, daß ich dir wie ein alter Griesgram das Leben schwer mache." — — —

Einige Tage später, als sie bei Tische saßen, fragte Wendheim plötzlich:

„Gabi — ich habe dich nie danach gefragt — ist der Mann, den du einst geliebt hast, in dieser Stadt anwesend?"

Sie wurde rot bei seiner Frage, sah ihn aber ruhig an.

„Warum kommst du gerade jetzt darauf?"

„Ich wollte dich schon immer einmal danach fragen, habe es jedoch immer wieder vergessen. Wenn du es mir nicht sagen willst — ich zwinge dich nicht."

„Doch, du kannst es wissen. Ja, er ist hier."

„Kenne ich ihn?"

„Du kennst ihn sehr gut. Aber bitte, frag mich nun nicht weiter. Ich könnte dir ja seinen Namen ruhig nennen, es ist aber besser, du bleibst ihm gegenüber unbefangen."

„So — meinst du?"

Sie faßte plötzlich nach seiner Hand.

„Herbert — Liebster — hängt am Ende gar deine Mißstimmung mit der alten Geschichte zusammen?"

Er lachte gezwungen.

„Nicht doch, Gabi. Mach doch nicht so ängstliche Augen. Dies Thema ist dir wohl sehr peinlich?"

„Offen heraus — ja. Wenn du mich damals nach seinem Namen gefragt hättest — ich würde ihn dir ruhig gesagt haben. Jetzt sind Umstände eingetreten, die mir das unmöglich machen.

Er legte schnell Messer und Gabel fort, sprang auf und zog sie mit wilder Heftigkeit an sich.

„Gabi — jetzt könnte ich es nicht mehr ertragen, dich hergeben zu müssen."

Sie küßte ihn zärtlich.

„Mein Liebster — mein törichter lieber Schatz, was für dumme Gedanken sind das nun wieder. Ich könnte dich doch nimmer lassen — nie mehr. Wie könnte ich ohne dich sein, ohne deine Liebe, deine Güte. Sei doch wieder froh und glücklich, mein Herzensmann. So lieb bist du, wenn du lachst und fröhlich bist, so warm wird mir da ums Herz. Sag ehrlich, mein Herbert, bist du gar ein wenig eifersüchtig auf meine erste Liebe? Jetzt, da du mein Höchstes, mein Liebstes bist? Ja, ich sehe dir an, daß es so ist. Schäme dich, böser, herzlieber Mann, schäme dich. Jetzt hast du niemand mehr zu fürchten, mein Herz gehört dir — nur dir allein für alle Zeit."

Er drückte sie fest an sich.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319130305-14/fragment/page=0005

auf Grund der letzten Ermächtigung des Bundesrats auszuprägenden Fünfpfennigstücke werden Ende März sämtlich hergestellt sein. Daß nicht auch gleichzeitig eine Ermächtigung für die Ausprägung von Zehnpfennigstücken vom Bundesrat erteilt ist, liegt daran, daß im Beginn des vorigen Jahres bereits der Prägung von Zehnpfennigstücken im Betrage von 5 Millionen Mark vom Bundesrat zugestimmt ist. Dieses Quantum wird voraussichtlich erst im nächsten Jahre ganz zur Ausprägung gelangt sein. Ein Bedarf an Nickelmünzen hatte sich durch vermehrte Nachfrage bei der Reichsbank herausgestellt. Von den neuen Fünfundzwanzigpfennigstücken werden bis auf weiteres neue Stücke nicht hergestellt. Die vom Bundesrat im vorigen Jahre beschlossene Prägung im Betrage von 5 Mill. Mk. ist nur teilweise ausgeführt, da ein Bedarf nach weiteren Stücken nicht hervorgetreten ist. Erst wenn sich ein solcher herausstellen sollte, wird mit der Prägung fortgefahren. Eine Einziehung der im Verkehr befindlichen Stücke ist jedoch nicht beabsichtigt.

)(Der rollende Dollar hat, so schreibt die „Bresl. Ztg.", in der Leuchtölkommission des Reichstages wiederum einen Triumph gefeiert. Das Zentrum, von der Verbohrtheit der Sozialdemokratie unterstützt, hat neben anderen Beschlüssen auch den durchgesetzt, daß das bei dem Monopol zu investierende Kapital keine höhere als eine fünfprozentige Verzinsung finden dürfe. Es ist — und das ist ja der Zweck des Zentrumsbeschlusses — selbstverständlich ausgeschlossen, daß sich Geldgeber finden sollten, die das Risiko, das solch ein Unternehmen einschließt, ohne Aussicht auf eine höhere als fünfprozentige Verzinsung übernehmen würden. Das Zentrum ist plötzlich zu antikapitalistisch geworden, daß es dem kaufmännischen Kapital in Deutschland keine höhere Verzinsung als eine 5prozentige und höhere Verzinsung und die dauernde, schrankenlose Ausbeutung und Übervorteilung des deutschen Publikums zu gönnen! Freilich, das Zentrum ist bei dem Geschäft beteiligt, denn es hat von der Standard Oil Comp. auch in Zukunft fette Subventionen zu erwarten, während solche Schmiergelder von deutschen Kapitalisten allerdings nicht gezahlt werden dürfen. Unbegreiflich ist, daß die Sozialdemokratie für das Zentrum bei diesem Handel die Kastanien aus dem Feuer holt. Es geht doch nichts über eine unentwegte Kopflosigkeit und Verranntheit.

)(Ein für die Krankenkassen wichtiger Bundesratsbeschluß. Der Reichskanzler hat, so berichtet die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", in einem Erlaß festgestellt, daß der Beschluß des Bundesrats vom 8. November d. J. über die Amtsdauer der Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten bei den Organen der Krankenkassen schon am 15. November in Kraft getreten ist. Durch den erwähnten Beschluß war die Amtsdauer der Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten bei den Organen der Krankenkassen verlängert worden. Der Beschluß war nicht, wie der über die Verlängerung der Amtsdauer bei den Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung im „Reichsgesetzblatt", sondern im „Zentralblatt für das Deutsche Reich" veröffentlicht worden. In der Praxis tauchen nun mannigfache Zweifel namentlich über den Zeitpunkt auf, an dem dieser Beschluß in Kraft getreten ist. Da der Bundesratsbeschluß zunächst nicht bekannt geworden war, hatten noch viele Krankenkassen nach dem 15. November Neuwahlen vorgenommen. Diese Neuwahlen sind nunmehr infolge der Erklärung des Reichskanzlers ungültig, und die Organe müssen wieder in ihrer früheren Besetzung in Wirksamkeit treten.

Merseburg und Umgegend.

4. März.

** Zwecks Vorbereitung der Gedenkfeier der Schlacht bei Leipzig am 17. Oktober in Merseburg hatten sich am Montag abend auf Einladung des Bürger-Ausschusses und der Merseburger Turnerschaft die Vertreter der hiesigen Vereine, Innungen und sonstigen Korporationen nahezu vollzählig eingefunden. Stadtrat Thiele leitete die Verhandlungen und Oberlehrer Dr. Taube machte die Erschienenen mit dem Programm für die beabsichtigte Feier bekannt. Zunächst ist ein Fackelzug nach der Ehrensäule geplant, dort soll eine kurze Erinnerungsfeier abgehalten und danach der Rückmarsch nach der Stadt angetreten werden. Den einzelnen Gruppen soll anschließend die Abhaltung besonderer Feiern in Gestalt von Kommersen usw. empfohlen werden. Die Versammlung stimmte in allen Punkten zu und es wurde noch besonders darauf hingewiesen, daß bei dieser Erinnerungsfeier Gelegenheit gegeben wäre, eine Beteiligung der gesamten Bürgerschaft zu erzielen. Sodann wurde die Gruppeneinteilung vorgenommen und hierauf der Vorstand gewählt, der sich aus folgenden Personen zusammensetzt: Stadtrat Thiele und Dr. Taube Vorsitzende, Redakteur Fr. Rößner Schriftführer, sowie als Beisitzer von den Militär- und Schützen-Vereinen Rechnungsrat Eichardt, Bäckermeister Hüthel, Handelsgärtner Schwarz, von den Turnvereinen und der Feuerwehr Kaufmann Benneke, Prokurist Seyfert, Branddirektor Fr. Hirschfeld, von den Sportvereinen Bankbeamter Heyne, Kaufmann Altendorf, von den Gesangvereinen Reg.-Sekretär Müller, Kalkulator Barthel, von den Innungen Maurermeister Günther, Bäckermeister Klappenbach und von den verschiedenen Vereinen Hausmann Bock — Vereine, die nicht vertreten waren und an der Feier teilnehmen wollen, werden ersucht, sich beim Schriftführer anzumelden. Die Anmeldung der möglichst genauen Teilnehmerzahl der einzelnen Vereine muß bis zum 20. April d. J. ebenfalls beim Schriftführer bewirkt werden. Der gewählte Vorstand wird dann wieder einberufen, die genaue Gruppeneinteilung vornehmen und auch das Programm ausarbeiten. Mit Dankesworten für das bewiesene lebhafte Interesse und die starke Beteiligung schloß Stadtrat Thiele gegen 10 Uhr die Versammlung.

** Das Abiturienten-Examen am hiesigen Domgymnasium stand diesmal unter der Leitung des Herrn Direktor Ziehen, der als königlicher Kommissar fungierte. Außer den schon gestern genannten Oberprimanern Jaehnert, Gaiser, Peter, Füßlein und Bachmann haben die noch im Laufe des Montag nachmittags und heute früh fortgesetzte Prüfung noch bestanden die Oberprimaner Boit, Mäder und Thomasius, zusammen also 8, während 10 zur Prüfung zugelassen waren.

** In der St. Maximi-Kirche wurde am letzten Sonntag nachmittag ein liturgischer Passionsgottesdienst abgehalten, bei dem der andächtigen Gemeinde eine Herz und Gemüt bewegende Erbauung zuteil wurde, welche um so höher gewürdigt zu werden verdient, als der rein evangelische Charakter dieses Gottesdienstes der Gemeinde Gelegenheit bot nicht bloß zuzuhören, sondern sich auch selbst an der Feier zu betätigen. Diese wurde eröffnet durch den Gemeindegesang des Liedes „O Haupt voll Blut und Wunden", welchem ein Orgel-Vorspiel zu: „Christus, der ist mein Leben" folgte. Ein a capella-Chor sang darauf: „Du Hirte Israels" von Bortniansky, und ein Duett für Sopran und Alt aus dem „Evangelius" von Kienzl wirkte ebenso ergreifend wie die später folgenden Vorträge des Chors (teilweise mit Orgel- und Streichquartett-Begleitung), der das „Ave verum" von Mozart und von J. S. Bach „Am Kreuz auf Golgatha" in ergreifender Weise zum Vortrag brachte. Die zur Verlesung gelangten Schriftworte, Abschnitte aus der Passionsgeschichte, Gemeinde: „Eines wünsch' ich mir vor allem andern" und weitere musikalische Darbietungen, wie ein Trio für Violine, Violoncello und Orgel, waren wohl geeignet, die Andacht zu wecken, zu heben und zu erhalten. Für weitere Gottesdienste dieser Art würde die Gemeinde nicht nur, sondern auch die Besucher aus anderen Gemeinden gewiß durch rege Teilnahme von Herzen dankbar sein; den verdienten Leitern der musikalischen Darbietungen sei an dieser Stelle volle Anerkennung gezollt.

** Abänderung der Prüfung für Volksschullehrer. Am 1. April treten die neuen Vorschriften für die zweite Lehrerprüfung der Volksschullehrer in Kraft, welche die Unterrichtsverwaltung im vergangenen Jahre beschlossen hat. Sie beziehen sich auf Ort, Zeit und Gegenstand der Prüfung und auf die Zusammenstellung der Prüfungskommission. Gegenwärtig ist die Prüfungskommission für die zweite Lehrerprüfung zusammengesetzt aus dem Kommissar des Provinzialschulkollegiums als Vorsitzenden, einem Kommissar derjenigen Regierung, in deren Bezirk das Seminar liegt, dem Direktor und sämtlichen ordentlichen Lehrern des Seminars. Ferner wohnen Kommissare der evangelisch-kirchlichen Oberbehörden sowie der bischöflichen Behörde der Prüfung bei; den Kreisschulinspektoren des Regierungsbezirks ist die Teilnahme an der Prüfung freigestellt. In Zukunft wird die Prüfung nicht mehr am Seminarort stattfinden, sondern in der Schule, in der der Lehrer beschäftigt ist. Die Prüfungskommission wird dann nur aus drei Mitgliedern bestehen, nämlich aus dem zuständigen Regierungs- und Schulrat als Vorsitzenden, dem Kreisschulinspektor und einem Leiter oder Lehrer öffentlicher Unterrichtsanstalten. Die Prüfung soll abgelegt werden, nachdem der Lehrer mindestens zwei Jahre an einer preußischen Schule voll beschäftigt gewesen ist. Falls sie nicht bestanden wird, kann sie noch einmal wiederholt werden. Ist aber dieser zweite Versuch ohne Erfolg, so wird der betreffende Lehrer aus dem Schuldienst entlassen. Die Prüfung zerfällt in einen praktischen und einen wissenschaftlichen Teil. Der erstere erstreckt sich auf die Tätigkeit des Lehrers in der Klasse; in dem zweiten Teile hat der Lehrer die erforderlichen Kenntnisse in der Psychologie, Ethik und Logik, ferner die Vertrautheit mit der geschichtlichen Entwicklung der preußischen Volksschule und mit den wichtigsten Schulverordnungen nachzuweisen.

** Fußballsport. Am vergangenen Sonntag spielte die 2. Mannschaft des hiesigen V. f. B. gegen die 3. Mannschaft des B. C. „Preußen" Merseburg unentschieden 1:1. Halbzeit 0:1.

** Eingesandt! Schon mehrere Male habe ich es als großes Übel empfunden, daß die Bahnhofsuhr im Vordergebäude verschiedene Zeit anzeigte. So z. B. zeigte der große Zeiger auf 9 Uhr, während der Stundenzeiger auf ½10 Uhr stand. Könnte dem Übelstand nicht abgeholfen werden? Es handelt sich jedenfalls nur um kleine Mühe.

Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, 3. März 1913.

Am Magistratstische: Bürgermeister Dr. Haacke, die Stadträte Blankenburg, Dehne, Thiele und Wolff. — Vom Kollegium waren 26 Stadtverordnete anwesend.

Stadtverordneten-Vorsteher Grempler eröffnete die Verhandlungen mit folgenden Mitteilungen:

a) Die Wahl des Stadtrats Wolff zum Beigeordneten hat die Bestätigung des Königs gefunden.

b) Auf Vorschlag der Elektrizitätskommission hat der Magistrat den Techniker Schnelle aus Duisburg zum technischen Leiter des Elektrizitätswerkes gewählt.

c) Das Modell für das Grabdenkmal des verstorbenen Privatmanns Kanzler in Leipzig steht im Saale zur Einsicht aus.

d) Gerichtsassessor Querfurt ist der Stadt zur informatorischen Beschäftigung überwiesen worden und wurde den Stadtverordneten vorgestellt.

Darauf fand die Tagesordnung wie folgt Erledigung:

1. **Entlastung der Rechnung des Andreasheims für 1910.** Berichterstatter Stadtv. Elze. Die Rechnung ist geprüft und die gezogenen Erinnerungen erledigt. Die Entlastung wurde erteilt. Der Zuschuß aus städtischen Mitteln betrug 4880 Mk.

2. **Bildung eines Ausgleichsfonds.** Auf Antrag des Berichterstatters Stadtv. Bothe wird dieser Punkt in die geheime Sitzung verwiesen, da zur Begründung Steuerverhältnisse zur Sprache kommen müssen, die interner Natur sind. Die Stadtverordneten stimmten zu.

3. **Tilgungsbedingungen der Anleihe von 35 000 Mk. zum Einbau eines Restaurants im alten Rathause.** Berichterstatter Stadtv. Wiegand. Der Bezirks-Ausschuß will die Tilgungsquote auf 6 Proz festgesetzt wissen. Der Mietsertrag ist so hoch, daß diese erhöhte Tilgung erfolgen kann, ohne städtische Mittel in Anspruch zu nehmen.

In der Besprechung trat Stadtv. Werneke dafür ein, keinen Ausgleichsfonds anzusammeln, sondern die Überschüsse zur Abstoßung alter Schulden zu verwenden. Die Aufnahme einer Anleihe für den oben bezeichneten Zweck erachtete er für nicht notwendig und schlug dagegen vor, die Kosten des Ratskellerbaues aus den Überschüssen zu decken. Auch Stadtv. Deckert vertrat diesen Standpunkt und richtete die Anfrage an den Magistrat, ob es möglich sei, diese Kosten auf zwei Jahre zu verteilen und aus den Überschüssen zu decken. Stadtv. Bothe bemerkte hierzu, die Überschüsse sind bereits in den Haushaltsplan für 1913 eingestellt worden; es mußte damit gerechnet werden, um eine Erhöhung der Steuerzuschläge zu vermeiden. Auch Stadtv.-Vorsteher Grempler warnte vor diesem Experiment, die Kosten des Ratskellereinbaues aus laufenden Mitteln zu decken. Ferner halte er überhaupt eine Verquickung des Antrages auf Schaffung eines Ausgleichsfonds mit dem zur Beratung stehenden Antrage für untunlich. Haben wir erst einen Ausgleichsfonds, dann kann einer Abstoßung alter Schulden später immer noch näher getreten werden.

Die Versammlung genehmigte darauf den Magistratsantrag.

4. **Abbruch des Hauses Dammstraße Nr. 2.** Berichterstatter Stadtv. Höpke. Da das Haus unbewohnt und nicht mehr zu anderen Zwecken zu gebrauchen ist, hat der Magistrat den Abbruch beschlossen. Die Versammlung beschließt demgemäß. Das Haus war früher Dienstwohnung des Gasmeisters.

5. **Herrichtung und Vermietung der Räume im Erdgeschoß des Direktorwohnhauses in alten Gasanstaltsgrundstück.** Berichterstatter Stadtv. Rügow. Als Konsequenz des Beschlusses, die erste Etage herzustellen und zu vermieten, hat sich auch die Wiederherstellung der Parterreräumlichkeiten und deren Vermietung erwiesen. Von der Benutzung der Räume für das Elektrizitätswerk will man aus Zweckmäßigkeitsgründen absehen. Die Herstellungskosten sind auf 920 Mk. veranschlagt. Der Mietpreis ist auf 350 Mk. festgesetzt. Die Wohnung soll dem technischen Leiter des Elektrizitätswerkes angeboten werden. Der Berichterstatter hob besonders hervor, daß neue Öfen sowie elektrische Elemente angeschafft werden müssen, da diese mit in die neue Gasanstalt gewandert sind.

Stadtrat Blankenburg gab hierüber die Aufklärung, daß die Öfen auf Anordnung der Gasanstalts-Deputation mit übernommen worden sind, da sie im neuen Gasanstaltsgebäude sehr nötig gebraucht wurden.

Stadtv. Scholtz forderte Legung des elektrischen Lichtes und Bewilligung der Kosten hierfür. Denn wenn die Stadt dem Mieter, dem Leiter des Elektrizitätswerks, freie elektrische Beleuchtung zusichere, müsse man auch die Leitung legen.

Stadtv. Mahlo beantragte, den Ersatz der Öfen auf Kosten der Gasanstalt vorzunehmen. Hiergegen erklärte sich Stadtrat Blankenburg.

Der Antrag des Stadtv. Scholtz wurde nach kurzer Aussprache genehmigt.

Zu dem Antrag des Stadtv. Mahlo bemerkte Stadtrat Blankenburg, die Gasanstalt sei bereit, für die übernommenen Öfen 100 Mk. zu zahlen, da sie nur dort verwendet werden können. Hierzu sprachen noch die Stadtv. Dobkowitz, Rügow und Eichardt und erklärten sich gegen den Antrag Mahlo. Der Gegenstand sei außerdem so kleinlich, daß es sich nicht verlohne, hierüber noch große Debatten zu führen. Bei der Abstimmung wird der Antrag Mahlo abgelehnt und schließlich die Gesamtvorlage angenommen.

6. **Änderung der Baufluchtlinie Ecke Teich- und Clobigkauerstraße.** Berichterstatter Stadtv. Vollrath. Mit der Angelegenheit hat sich die Baudeputation und der Magistrat sehr eingehend beschäftigt. Man wollte rechtzeitig Vorsorge treffen, den Eingang der Teichstraße zu verbreitern und den bestehenden Baufluchtlinienplan entsprechend abändern. Diese Abänderung hat die Genehmigung der Regierung gefunden. Es fallen etwa 190 Quadratmeter zur Straße. Die Kosten einschließlich des Straßenausbaues betragen nach Schätzung des Berichterstatters etwa 4000 Mk. Da die Verbreiterung im Interesse des Verkehrs liegt, empfahl er zunächst Annahme der Magistratsvorlage. Diese fordert nur die Abänderung der Baufluchtlinie und Anlage von Vorgärten. Der Eigentümer, Bauunternehmer Zwanziger, beansprucht pro Quadratmeter 14 Mk., einen Preis, den er selbst gezahlt hat. Stadtv. Vollrath beantragte dann noch, die Verbreiterung sofort vorzunehmen und die Kosten hierfür zu bewilligen.

Stadtv. Günther trat für Vertagung ein, da ein Kostenanschlag fehlt. Ebenso befürwortete Stadtv. Graul die Vertagung des Antrages. Stadtv. Deckert empfahl Annahme der Magistratsvorlage, die Kosten für den Ausbau aber später zu bewilligen, wie dies auch der Magistrat beantragt habe. Den Zusatzantrag des Berichterstatters, die Verbreiterung schon jetzt vorzunehmen und hierfür die Kosten zu bewilligen, halte er zur Zeit nicht für notwendig und ersuchte um Ablehnung. Bürgermeister Dr. Haacke ersuchte um Annahme des Magistratsantrages. In diesem werden interimistische Vorgärten vorgesehen, die bei eintretender Notwendigkeit jeder Zeit eingezogen und zur Straßenverbreiterung benutzt werden können. Die Verbreiterung schon jetzt vorzunehmen, sei nicht ratsam. Stadtv. Scholtz stimmte diesen Ausführungen zu. Stadtv. Vollrath meinte, später sei der Quadratmeter dann nicht mehr für 14 Mk. zu haben. Stadtv. Günther hielt den Magistratsantrag für den besten Ausweg, während Stadtv. Graul sich gegen die Zumutung wandte, den Eigentümer Zwanziger aufzugeben, Vorgärten anzulegen, die nach einigen Jahren wieder entfernt werden müssen. Da sollte man lieber die Verbreiterung sofort vornehmen und da ein Kostenanschlag heute fehle, sei er für den Vertagungsantrag. Für diesen trat auch Stadtv. Frauenheim ein. Gegen eine Vertagung sprach Stadtv. Vollrath. Die Angelegenheit müsse schnellstens erledigt werden, da

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319130305-14/fragment/page=0006

der Eigentümer wiederholt dringend um einen Beschluß ersucht hat. Bereits seit nahezu einem Jahre warte Zwanziger auf einen Bescheid. Schließlich wies Stadtv. Vollrath noch darauf hin, daß sein Antrag auch den Ansichten der Regierungsbehörde gerecht werde. Bürgermeister Dr. Haacke verwahrte sich gegen den Vorwurf des Stadtv. Frauenheim, die Vorlage sei nicht genügend vorbereitet. Ein Kostenanschlag war nicht notwendig, da die Stadt eine Erwerbung nicht ins Auge gefaßt hatte. Es sollten nach der Magistratsvorlage nur interimistische Vorgärten angelegt werden und dazu war ein Kostenanschlag nicht notwendig. Stadtv. Eichardt trat für den Antrag Graul ein, da dem Eigentümer nicht zugemutet werden kann, sein Gelände ungenutzt liegen zu lassen. Redner beantragte, das Gelände sofort zu erwerben und dann später auszubauen. Der Magistrat soll hierüber nochmals eine Vorlage mit Kostenrechnung vorlegen. Stadtv. Teichmann empfahl den Magistratsantrag zur Annahme. Stadtv. Kind erklärte sich gegen die Vertagung und für sofortige Erledigung im Sinne des Antrages des Stadtv. Graul. Stadtverordneter Müller sprach für den Magistratsantrag.

In der Abstimmung wurde der Vertagungsantrag abgelehnt. Der Antrag Vollrath, das Gelände sofort zu erwerben und den Ausbau später vorzunehmen, wurde ebenfalls abgelehnt. Darauf erfolgte Annahme der Magistratsvorlage.

7. **Die Überschreitung des Voranschlages bei Ausführung von Kanalisationsarbeiten in der Leunaerstraße** in Höhe von 27 Mark wurde auf Antrag des Berichterstatters Stadtv. Frauenheim genehmigt. Der Berichterstatter forderte noch baldige Instandsetzung der Straße, da durch die Ausschachtungen erhebliche Senkungen eingetreten sind, die den Verkehr stark behindern.

8. **Die Entschädigung für die Kastellansgeschäfte in der Turnhalle in der Wilhelmsstraße** wurde auf jährlich 360 Mk. festgesetzt und bewilligt. Berichterstatter Stadtverordneter Kind.

9. **Aufstellung eines Grabdenkmals für den verstorbenen Privatmann Kanzler.** Berichterstatter Stadtv. Deckert. Das Grab des verstorbenen Privatmanns Kanzler, der der Stadt ein Vermächtnis in Höhe von 141 500 Mk. hinterlassen hat, befindet sich auf dem Südfriedhofe in Leipzig in einem sehr unordentlichen Zustande; für die Pflege der Grabstätte ist noch nichts getan worden. Der Magistrat hat daraufhin sofort angeordnet, das Grab in Stand zu setzen und für dauernde Pflege gesorgt. Auch ein Grabdenkmal soll errichtet werden. Zur Vorlage von Kostenanschlägen sind mehrere Leipziger Firmen aufgefordert worden. Der Magistrat hat sich für ein Denkmal entschieden, daß aus weißem Granit hergestellt wird und fix und fertig 1068 Mk. kosten soll. Auf dem Grabstein, der im Modell ausgestellt ist, sollen Geburts- und Sterbedaten des Stifters in Bronzebuchstaben vermerkt werden mit der Widmung „Die dankbare Stadt Merseburg“. Die Kosten will man aus Nachlaßmitteln bestreiten.

Die Stadtverordneten genehmigen die Vorlage einstimmig.

Zum Schluß gab Stadtv. Schröder eine Übersicht der Überschreitungen bei Ausgaben der Kämmereikasse im Jahre 1912. Daraus war zu entnehmen, daß folgende Ausgabe-Positionen Überschreitungen aufwiesen: Ruhegehälter 1100 Mk, Unterhaltung der städtischen Gebäude 560 Mk., Kanalisation 12 000 Mk., Ausschmückung der Stadt zu den Kaisertagen 3233 Mk. — bewilligt waren 10 000 Mk. —, Umbau des Rathauses 1112 Mk. — bewilligt waren 10 000 Mk. — und noch einige kleinere Überschreitungen.

Auf Anfrage erklärte Bürgermeister Dr. Haacke, die Zusammenstellung sei auf Wunsch der Stadtverordneten-Versammlung erfolgt, worauf Stadtv.-Vorsteher Grempler erwiderte, die Versammlung habe um eine Zusammenstellung der Mehrbewilligungen über den Etat hinaus ersucht, um dadurch ein Bild über die allgemeine Finanzlage der Stadt zu erhalten. Aus den vorgelegten Übersicht sei dies nicht zu ersehen. — Das Ersuchen der Versammlung soll nachgeholt werden.

Hiermit war die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erledigt. — Schluß der Verhandlungen ½8 Uhr.

In geheimer Sitzung wurde über die Bildung eines Ausgleichsfonds beraten und nach lebhafter Aussprache schließlich folgender Magistratsantrag angenommen:

Vom 1. April 1913 ab wird ein Ausgleichsfonds nach Maßgabe nachstehender Grundsätze gebildet:

1. Die nach der abgeschlossenen Jahres-Rechnung sich ergebenden Verwaltungsüberschüsse der Kämmereikasse — erstmalig diejenigen des Rechnungsjahres 1912 abzüglich der in den Haushaltsplan für 1913 eingestellten und der Kämmereikasse zu belassenden 37 000 Mk. — sind nur bis zum Betrage von 20 000 Mk. in den zweitfolgenden Haushaltsplan einzustellen.

2. Die den Betrag von 20 000 Mk. übersteigenden Verwaltungsüberschüsse sind dem „Ausgleichsfonds“ so lange zuzuführen, bis dieser mit den aufgelaufenen Zinsen seiner Bestände die Höhe von 200 000 Mk.erreicht hat.

3. Der Ausgleichsfonds dient folgenden Zwecken:
a) aus ihm sind etwaige Fehlbeträge eines Rechnungsjahres zu decken,
b) sobald ohne Erhöhung des letztjährigen Prozentsatzes der Zuschläge zu den direkten Steuern ein Ausgleich zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Kämmereihaushaltsplanes nicht herbeigeführt werden kann, ist aus den Beständen des Fonds ein Zuschuß in solcher Höhe zu leisten, daß der bisherige Prozentsatz der Zuschläge nicht verändert zu werden braucht.

Dieser Zuschuß darf jedoch 5 Proz. der für das künftige Rechnungsjahr veranlagten direkten Gemeindesteuern nicht übersteigen.

4. Beim Abschluß der Jahresrechnung ist der veranschlagte Zuschuß aus dem Fonds nur insoweit zu leisten, als dies zur Herstellung des Gleichgewichtes zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Kämmereihaushaltsplanes erforderlich ist.

5. Der Ausgleichsfonds ist besonders zu verwalten, seine Einnahmen und Ausgaben sind jährlich durch eine besondere Rechnung nachzuweisen. Soweit die Bestände des Fonds zur Aufrechterhaltung des Kassenbetriebes auf längere Zeit hinaus nicht erforderlich sind, hat ihre Anlage zu erfolgen, jedoch nur derart, daß sie leicht wieder flüssig gemacht werden können.

6. Die Fondszinsen sind, sobald der Fonds 200 000 Mark beträgt, dem Haushaltsplan der Kämmereikasse als ordentliche Einnahme zuzuführen.

7. Jede Entnahme von Beträgen aus dem Fonds bedarf der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung.

Schluß der geheimen Sitzung gegen ¾9 Uhr.

w. Günthersdorf, 3. März. Am Sonnabend abend hielt der Flottenverein, Sektion Günthersdorf und Umgegend, eine Versammlung im Gasthofe zum „Schwarzen Bären“ ab. Lehrer Fenzel aus Kötzschlitz erfreute die zahlreich erschienenen Mitglieder durch einen äußerst fesselnden Vortrag über die Zeit „Vor hundert Jahren“. Der Vortragende verstand es in kernigen, packenden Worten jene große Zeit des Werdens und Erstarkens unseres Volkes und Vaterlandes zu schildern und den Zuhörern die Herzen warm zu machen. Es gelang ihm vorzüglich, insonderheit die großen Männer in ihrem Wirken für König und Vaterland zu zeichnen. Reicher Beifall lohnte deshalb auch den Redner am Schluß seiner Ausführungen. Die Flottenfreunde blieben aber noch einige Stunden gemütlich zusammen, fröhlich über das Gehörte weiterplaudernd. Es ist erfreulich zu beobachten, wie der erst vor kurzer Zeit gegründete Verein sichtlich erstarkt und bestrebt ist, seinen Mitgliedern, die allen Berufsklassen und Ständen angehören, etwas zu bieten.

§ Ammendorf, 3. März. Der Haushaltsplan für das Jahr 1913/14, der gegenwärtig zur Einsichtnahme ausliegt, schließt in Einnahme und Ausgabe mit 152 200 Mk. ab, gegen 158 700 Mk. im Vorjahre. Die von verschiedenen Seiten vermutete Erhöhung der Steuerzuschläge trifft erfreulicherweise nicht zu, da sich das Ergebnis günstiger stellt als angenommen wurde. Der Zuschuß der Gemeinde zur Deckung der vollen Kosten der Gasanstalt, der im letzten Etat mit 4420 Mk. abgegeben war, ist jetzt nicht mehr erforderlich. Vom Titel Insgemein, der mit 3320,60 Mk. (2890,80 Mk.) eingestellt ist, sei noch erwähnt, daß man 500 Mk. für die Errichtung einer Flußbadeanstalt an der Saale vorgesehen hat.

Mücheln und Umgebung.

4. März.

** Ausreichendes Tränken der Tiere in der kalten Jahreszeit. Der Tierschutzverein möchte erneut darauf aufmerksam machen, daß auch in der kalten Jahreszeit ein ausreichendes Tränken der Tiere, namentlich der Zugtiere, durchaus notwendig ist. Auch bei kaltem Wetter stellt sich beim Fressen und hinterher durch den beim Kauen verbrauchten Speichel lebhaftes Durstgefühl ein. Man lasse sich nicht dadurch täuschen, daß manches Pferd äußerst langsam trinkt, zumal wenn das Wasser eiskalt ist. Wenn es nun schon nach einigen Schlucken absetzt und das Wasser förmlich kaut, wird der Eimer meist sofort fortgenommen in der Meinung, das Pferd habe keinen Durst und ein nochmaliges begieriges Drehen des Kopfes nach dem entschwundenen Trunk wird nicht beachtet. Also Geduld beim Tränken, laßt den Pferden Zeit! Sie nehmen oft nach wiederholten Absätzen einen Eimer voll und noch mehr zu sich. Kann man durch Zugießen von etwas warmem Wasser die Temperatur etwas erhöhen, so ist es gut, denn eiskaltes Wasser tut Menschen und Tieren weh.

** Mundpflege und Blinddarmentzündung. Viele Ärzte vertreten die Hypothese, daß der gleiche Bazillus, der die Mandelentzündungen zur Folge hat, auch die Blinddarmentzündungen hervorruft. Zum mindesten ist es höchst wahrscheinlich, daß Halsentzündungen indirekt zu Blinddarmentzündungen führen können, und daß manche Fälle von Erkrankungen des Blinddarms als mittelbare Folge einer Halsentzündung anzusehen sind. Diese Feststellung mag ein erneuter Anlaß sein, in Schulen die Schüler immer wieder daran zu erinnern, von welcher Wichtigkeit es ist, Hals und Mundhöhle stets in einem hygienisch einwandfreien Zustand zu erhalten. Darum muß auch immer wieder gefordert werden, daß durch Schulärzte, Schulzahnkliniken usw. die so arg darniederliegende Zahn- und Mundpflege gefördert werde, ein soziales Werk, daß hier in Merseburg noch nicht gänzlich durchgeführt ist; bis jetzt werden nur Zahnuntersuchungen vorgenommen. Wie wir hören, beabsichtigen jetzt auch Landkreise in den Schulen eine ständige zahnärztliche Behandlung durch Anstellung eines Kreisschulzahnarztes einzuführen, was im Interesse der Schulhygiene sehr zu begrüßen wäre.

§ Roßbach, 4 März Auf Grube „Gewerkschaft Gute Hoffnung“ brach gestern früh ein Feuer aus. Ein Teil des Dachstuhles des Naßpreßgebäudes ist zerstört worden. Der Schaden ist infolge schnellen Eingreifens der Fabrikfeuerwehr nur gering und durch Versicherung gedeckt. Der Betrieb erleidet keine Störung.

Aus vergangener Zeit — für unsere Zeit.

3. März 1813. Schweden, dessen Kronprinz Bernadotte ehemals ein Freund Napoleons gewesen, beschloß an diesem Tage mit England ein Angriffsbündnis gegen Napoleon. Das schwedische Volk war dem Kriege gegen Frankreich sehr abgeneigt und im Grunde genommen war es nur Ländergier, die die schwedische Regierung zu ihrem Entschluß bestimmte. Schweden wollte nämlich das bisher zu Dänemark gehörige Norwegen sich aneignen und dieser Besitz Norwegens war ihm von Rußland und England versprochen worden. Nun hoffte aber Bernadotte, daß ihm Napoleon ebenfalls zu diesem Raube verhelfen würde und deshalb verhielt sich Schweden zunächst noch abwartend. Daß es sich um einen richtigen Handel drehte, geht daraus hervor, daß Schweden 30 000 Mann Truppen nach Deutschland senden sollte, daß England aber versprach, diese Truppen auszurüsten und monatlich 20 000 Pfund für ihren Unterhalt zu bezahlen. Die Regierungen bestimmten, die Völker wurden nicht gefragt.

Wetterwarte.

V. W. am 5. März: Zeitweise heiter, windiger, kälteres Wetter mit Regen oder Schneeschauern. — 6. März: Teils heiter, teils wolkiger, früh noch etwas kälter, am Tage milder, vorwiegend trockenes Wetter.

Vermischtes.

* (Ein Stadtverordneter unter Meineidsverdacht.) In Gumbinnen ist Sonntag, nach einer Meldung des „Berl. Tagebl.“, der langjährige Vorsitzende der Gumbinner Handwerkskammer und Stadtverordnete Wagenbaumeister Emil Karschuk unter dem Verdacht des Meineids und des Betrugs verhaftet worden. Gegen Karschuk war bereits vor mehreren Monaten wegen Meineids Anklage gestellt worden. Damals wurde aber das Verfahren wegen mangelnder Beweise eingestellt.

* (Ein Oberwächter als Masseneinbrecher.) Eine überraschende Aufklärung haben zahlreiche Einbrüche gefunden, die in letzter Zeit in Plötzensee verübt wurden. In der Nacht zum Sonntag wurde der Oberwächter Hermann Gericke aus der Steinmetzstraße 25 überrascht, nachdem er einen Einbruch in das Blumengeschäft von Krause in Plötzensee ausgeführt hatte. Man übergab den Oberwächter, der bei einer Berliner Wach und Schließgesellschaft angestellt war, der Polizei, die bald ermittelte, daß Gericke einen ganz anderen Bezirk in Plötzensee zu bewachen hatte. Es wurden daher weitere Nachforschungen angestellt, und es ergab sich bei einer Haussuchung in der Wohnung Gerickes, daß dort ein ganzer Posten gestohlener Waren lagerte. Im ganzen werdem dem Oberwächter über siebzig Einbrüche zur Last gelegt.

* (Eisenbahnunglück in Westfalen.) Eine amtliche Meldung besagt: Am Montag vormittag 6 Uhr 20 Min. fuhr der Personenzug 251 von Beckum bei der Einfahrt in den Bahnhof Neubeckum auf eine Rangierabteilung. Ein Hilfsheizer, ein Schaffner und drei Reisende wurden verletzt. Beide Lokomotiven, ein Personenwagen und der Packwagen, sowie vier Güterwagen sind beschädigt. Der Personenverkehr wurde bis zur Freimachung der Strecke gegen 12 Uhr mittags durch Umsteigen an der Unfallstelle aufrechterhalten.

* (Hauseinsturz in Amsterdam.) Sonntag abend ist am Prinz Heinrich-Kai in Amsterdam ein Haus eingestürzt; bei dem Unfall fanden vier Kinder den Tod durch Ertrinken.

* (Zwei Kinder beim Rodeln getötet.) Beim Rodeln in Frauenwald (Thüringen) verunglückten fünf Kinder. Zwei von ihnen sind tot, die übrigen drei mehr oder minder schwer verletzt.

* (Ein Schwesterschiff des „Imperator“.) Der Stapellauf des Schwesterschiffes des Riesendampfers „Imperator“, das gegenwärtig auf der Werft von Blohm & Voß in Hamburg im Bau ist, findet am 3. April statt. Patenstelle bei dem Schiff hat Prinzregent Ludwig von Bayern übernommen. In seinem Auftrage wird der älteste Sohn des Prinzregenten Prinz Rupprecht von Bayern die Taufe vollziehen.

Neueste Nachrichten.

Pest, 4. März. Vor dem Abgeordnetenhause sind wegen des befürchteten Generalstreiks und etwaiger Demonstrationen Abteilungen von Militär aufgestellt. Es verlautet, daß die vereinigte Opposition in der Sitzung erscheinen werde und beabsichtige, die Verhandlungen über die Wahlreform durch Lärmszenen zu stören.

*

Die russische Demobilisierung.

Petersburg, 4. März. Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Demobilisierung der österreichischen Truppen an der russischen Grenze entläßt Rußland am 14. März seine unter den Fahnen zurückgehaltenen Reservetruppen.

*

Halle, 4. März. In der Dölauer Heide hat gestern früh ein Duell zwischen Offizieren stattgefunden. Dabei wurde Leutnant Quiering vom Infanterie-Regiment Nr. 160 durch einen Schuß in die Brust schwer verletzt.

Nürnberg, 4. März. Heute früh vergiftete in der Ziegelstraße hierselbst die Inhaberin eines Zigarrengeschäfts sich und ihre 4 Kinder mit Leuchtgas. Alle fünf Personen sind tot.

Köln, 4. März. Am hellen Tage wurde in einer belebten Straße einer Dame, die bei einer Bank 20 000 Mark erhoben hatte und das Geld in einer Handtasche aufbewahrte, die Tasche von einem Radfahrer entrissen. Bei der Flucht öffnete sich die Tasche und das Geld flog auf die Straße. Die Menschenmenge beteiligte sich am Einsammeln des Geldes, so daß die Dame zum größten Teil das Geraubte zurückerhielt.

Reklameteil.

Schon anno 18 77 war es, als nebengesetzlichen Schutz für Brandts Schweizerpillen (Abführpillen) stehende Marke unter Apotheker Richard ... kam Wir warnen vor Nachahmungen. A.-G. vorm. Apotheker Richard Brandt, Schaffhausen (Schweiz).
RICH. BRANDT'S SCHWEIZER PILLEN MILDES ABFÜHR-MITTEL APOTHEKER

Die Erneuerung der Lose

zur 3. Klasse **muß bis 7. März erfolgen.**

Der Kgl. Lotterie-Einnehmer.
Curtze.

Die **Lieferung** der Kolonialwaren, Hülsenfrüchte und dergleichen, der Backmehl und Fleischwaren, sowie Seife und Soda für das **städtische Krankenhaus** hierselbst soll auf die Zeit vom 1 April 1913 bis 31. März 1914 vergeben werden. Bedingungen liegen im Armenbureau, Rathaus 1 Treppe, zur Einsicht aus. Angebote für obige Lieferungen sind mit entsprechender Aufschrift zu versehen und verschlossen zu folgenden Zeitpunkten an uns einzureichen:

a) **Kolonialwaren, Hülsenfrüchte und dergleichen:** Mittwoch den 12. März 1913 vorm. 11 Uhr.
b) **Mehl- und Backwaren:** Mittwoch den 12. März 1913 vormittags 11½ Uhr.
c) **Fleisch- und Wurstwaren:** Mittwoch den 12. März 1913 vormittags 11¾ Uhr.
d) **Seife und Soda:** Mittwoch den 12. März 1913 vorm 12 Uhr.

Merseburg, den 26. Febr. 1913.
Die Krankenhaus-Deputation.

Jagd-Verpachtung.

Die **Jagdnutzung** in dem gemeinschaftlichen Jagdbezirke der **Gemeinde Pretzsch** soll
Mittwoch den 19. März nachm. 3 Uhr
im **Gasthause zu Pretzsch** öffentlich meistbietend a. 6 Jahre verpachtet werden. Bedingungen im Termin.

Pretzsch, den 4. März 1913
Der Jagdvorsteher.

---

2 Stuben, Kammer, Küche nebst Zubehör, sind sofort oder 1. April zu beziehen **Hallesche Str. 71, II.**

Wohnung,
1. Etage, 4 Zimmer, Küche und Zubehör z. 1. 4. 1913 zu vermieten **Zu erfragen Weißenfelser Str. 40.**

Lauchstedter Str. 25 ist wegzugshalber eine Wohnung zum 1. 4. 1913 zu vermieten. Näheres **Friedrichstraße 1.**

Größere herrschaftl. Wohnung in freier schöner Lage sogleich oder später zu beziehen
Meuschauer Str. 13.

Wohnung,
5 Zimmer, Badeeinrichtung und Gasgenuß zu verm. **Markt 26**

Wohnung zu vermieten. Zu besichtigen Mittwoch abend von 5 Uhr ab. Näheres
Ober-Altenburg 30, pt.

Stube, Kammer, Küche sofort oder 1. 4. 1913 zu vermieten. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

---

1 Wohnung, 2 Stub. Kammer u. Küche zu vermieten u. 1. April zu beziehen. Zu erfr. in der Exp.

---

1 Wohnung zu vermieten
Frau Ufer, Hallesche Str. 71

Wohnung,
2 Stuben, 1 Kammer und Küche nebst Zubeh., i. Pr. v. 240—260 Mk zum 1. Juli zu mieten **gesucht.** Off. unter **K 150** an die Exp. d. Bl.

Besser möbliertes Zimmer
zu vermieten **Hallesche Str. 37,** pt.

Möbl. Zimmer
für ein oder zwei Personen sofort zu vermieten **Sand 1.**

Möbliertes Zimmer
zu vermieten. Zu erfragen in der Exp d. Bl.

Elegant möbl. Zimmer
zu vermieten **Gotthardtstr. 35, I**

Möbliertes Zimmer
zu vermiet. **Delgrube 1,** 1 Tr.

Ein junger Beamter sucht zum 1. April eine möbl. Wohnung. Angebote mit Preis u. **K B 57** an die Exped. d Bl.

Eine Schlafstelle offen.
Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Anständige Schlafstelle offen **Leichstraße 11.**

Grundstücks-Versteigerung
in Kötzschen.

Das in **Kötzschen** gelegene **Seydelsche Bauerngehöft Nr. 25,** best. aus **Wohnhaus, Scheune, Stallung, Garten und Wiese,** soll im freiw. Auftrage meistbietend versteigert werden. Hierzu habe ich auf

Sonnabend den 15. d. M. nachm. 4½ Uhr

im **Kötschen Gasthause** zu **Kötzschen** Termin anberaumt, wozu Reflektanten geladen sind. Bietungskaution 200 Mk. ist im Termin zu stellen.

Merseburg, den 4. März 1913.
Karl Thiele, beeidigter Versteigerer.

Einfamilienhaus
Lauchstedter Straße 30, bisher von Herrn Reg.-Rat Große bewohnt, versetzungshalber zum 1. April oder später zu vermieten. Näh. **Hallesche Straße 31,** 2 Treppen, Eingang Hallesche Straße

---

Gut verzinsliches
Wohnhaus
sofort zu verkaufen. Anzahlung nach Uebereinkunft. Zu erfragen **Hälterstraße 2.**

Wegzugshalber verkaufe ich sofort meine gutgehende
:-: Buchdruckerei, :-:
neue Schrift und Maschinen, für den billigsten Preis von 2000 Mk. (oder geteilt). Auch Teilzahlung gestattet.
Eugen Günderoth, Hälterstr. 2

---

1 großes eichenes Pökelfaß
ist zu verkaufen
Neumarkt 32, im Laden.

Patentanwaltsbüro Sack, Leipzig
Patentanwälte: Jng. Otto Sack. Brühl 2.
Dr.-Jng. F. Spielmann.

Merseburger Ruder-Gesellschaft.
E. V.

Dienstag den 4. März 1912 abends 8½ Uhr
Monats-Versammlung
im **Bootshaus.** **Der Vorstand.**

Mitgeteilt von der Mitteldeutschen Privat-Bank, A.-G.

Berliner Kursbericht.

Zweigniederlassung Merseburg.

Deutsche Fonds.	Zinsf.	
Deutsche Reichs-Anl.	4	99.20 B
do. do.	3½	87.10 bzG
do. do.	3	76.40 bzG
Preuss. Staats-Anl.	4	99.20 bzG
do. do.	3½	87.25 bzG
do. do.	3	76.50 bzB
Rheinpr. A. 35	4	98.90 G
do.	3½	93.50 G
Sächs. Staats-Rente	3	—.—
Westf.Prov.J V,Vukb.15	4	97.50 bz
do. IV R. 3-10 ukb. b. 15	3½	86.50 G
Rheinprovinz-Anleihe	3.5	90.75 G
Stadt-Anleihen.		
Berlin v. 1904 Ser. II.	4	—.—
Charlottenburg v. 1908 I	4	97.80 bz
Erfurt Ser. VI. VII	4	96.60 G
Halle v. 1905 I	4	98.50 G
do. v. 1888, 92, 1900	3½	—.—
Merseburg von 1901	4	95.10 bzG
Pfandbriefe.		
Cur.- u. Neumärk. neue	3½	93.40 G
do. do. Kom.-O.	4	97.— bz
do. do.	3½	87.40 G
Landsch. Contz.	3½	86.50 bzG
Ostpreuss.	3	77.30 B
do.	3½	86.60 G
do.	4	96.50 bz
Sächsische alte	4	101.10 G
do. neue	4	96.20 bz
do.	3½	86.70 G
Schles. landsch.	3	—.—
Pfandbriefe und Obligationen.		
Berliner Hypoth.-Bk. abg.	4	94.60 bzG
do. XV, XVI ukb. b. 1921	4	96.15 bz
O.Hp.-B.-Pr.XVII uk. 1912	4½	100.— B
do. VIII u. IX.	3½	86.30 G
do. XXII, XXIII uk. 1921	4	96.75 bzG
do. Kom.-Obl. II uk. 17	4	97.50 G
Hmb. Hp.-B. 511-650 b. 1921	4	97.25 G
do. verschiedene	3½	87.— G
Meckl.-Str. S. III, VI. u. 20	3½	85.80 bzG
Mein. Hp.-Pf. XV uk. 1920	4	96.90 bzG
do. X bis 1913	3½	86.50 bzG
Mittald. Bod.-Cr. VI b. 1915	4	97.50 G
do.	3½	86.50 G
Nordd. Gr.-Cr. XV HIb. 1921	4	96.50 bzG
do. XIV unk. bis 1912	3½	90.— G
do. XIII unk. bis 1912	3½	86.50 bzG
Pr. Bod.-Cr. XXVI b. 1920	4	95.40 bzG
do. XXIII bis 1915	3½	83.90 G
do. conv. XI. XI, XVI	3½	90.— G
Pr. Central-B.-Pf. uk. 1920	4	96.30 G
do. v. 1904 unkb. 1913	3½	85.80 bzG
d. Kom.-Ob. v. 08 uk. b. 17	4	97.— G
Pr. Hp.-Ak.-B. 1911 i uk. 1921	4	93.80 G
do. Kom.-Ob.v.08 uk.b.19	4	98.— G
Pr. Pfb.-B. XXXI b. 30	4	96.50 bzG
do. Kom. IX bis 1920	4	98.25 bzG
Schwarzb. Hyb. X b. 1921	4	97.30 G

Ausländische Fonds.	Zinsf.	
Argentinien v. 97	4	86.40 bzG
Chilenische Anl. v. 1906	4½	93.25 bzG
Chines. E.-A. v. 1908	5	96.— B
Griechisch 5% 1881	1.60	—.—
Japan. Anleihe II	4½	91.50 B
do. von 1905	4	—.—
Mex. kons. von 1899	5	96.90 bz
Oesterr. konv. Rente	4	85.20 G
do. Silberr.	4.2	—.—
do. Goldr.	4	—.—
Rumän v. 1903	5	92.50 bz
do. v. 1905	4	88.— bzG
Russ. v. 1905 uk. b. 1917	4½	99.90 B
do. v. 1902 uk. b. 1915	4	90.50 bzG
Sao Paulo Eis. Grd.	5	99.10 bzB
Türken-Lose o. Cpb.	Stck.	—.—
Ung. Gold.-R.	4	86.40 bz
do. Kr.-R.	4	83.50 bzG
Siamesische Staats-Anl.	4½	96.70 bz
Ausländ. Eisenb.-Prior.-Obligationen.	Zinsf.	
Kursk-Kiew (gar.)	4	87.90 B
Moskau-Wind.-Ryb.	4	86.50 B
Rybinsk (gar.)	4	—.—
Wladikawkas (g)	4	86.60 bz
Bank-Aktien.	i.Div.	
Berliner Handels-Ges.	9½	168.40 bzG
Deutsche Bank	12½	256.40 bz
Diskonto-Gesellschaft	10	191.20 bz
Dresdner Bank	8½	156.30 bz
Mitteld. Privat-Bank	7	125.25 G
Nationalb. f. Deutschland	7	122.25 etbG
Reichs-Bank	5.86	137.40 bz
Schaaffh. Bankverein	7½	114.— bzG
Aktien v. Industriellen u. Bergwerks-Ges.	i.Div.	
Allg. Elektricitäts-Ges.	14	226.75 bz
Ammendorfer Papierf.	30	370.25 bz
Bergmann Elektr.-Werke	5	120.50 bz
Chem. Fabrik Buckau	12	167.25 G
Deutsch-Oesterr. Bergw.-Ges. (Beuner Kohlenw.)	11	250.50 bzG
Dessauer Gas	11	188.75 bz
Hallesche Maschinenf.	32	425.— etbB
Hamb.-Amer. Packetfahrt	9	151.80 bz
Hille Gasmotoren	11	162.— bzB
Humboldtmühle	0	105.— bzB
Ilse Bergbau-Ges.	24	467.25 G
Körbisdorfer Zucker-Fab.	0	143.75 G
Laurahütte	4	177.— bzG
Luther Maschinen	0	75.50 bzG
Masch.-Fabr. Buckau	0	109.25 bzG
Norddeutscher Loyd	5	120.30 bz
Phönix Bergw.-A.	18	259.40 bz
Riebecker Montanwerke	12	188.60 bz
Siemens & Halske	12	212.60 B
Industrielle Obligationen.	Zinsf.	
Gew. Michel (Brem. Börse)	5	100.— bzG
Gew. Gute Hoffnung	5	100.— bzG
Gew. Leonhardt	5	100.— bzG
Gew. Rosstach	5	100.— bzG

Mitteldeutsche Privat-Bank
Aktiengesellschaft
Magdeburg — Hamburg — Dresden — Leipzig
Zweigniederlassung Merseburg.
Aktienkapital Mk. 60 000 000. Reserven za. Mk. 8 000 000.
Ausführung aller bankgeschäftlichen Transaktionen.

Cinophon-Theater Gr. Ritterstr. 1.

Programm von Mittwoch bis Freitag.
Insein im ägäischen Meer. Naturbild.
Polidors Parfüm. Toller Humor.
Blinkfeuer. Spann. Drama.
Gerate nicht auf Abwege. Humor.
Gaumont-Woche. Neueste Berichterstattung.

Das Schreckgespenst
Schlager in 3 Akten. Spannend von Anfang bis Ende. Spieldauer ¾ Stunde.

Würmol!
Das viel verlangte, wohlschmeckende **Wurmmittel.** a 30 Pf. Bei **Reinhold Nietze,** Kaiser-Drog.

Kirchlicher Verein des Neumarkts.
Mittwoch den 5. März abends 8 Uhr im Gasthof „Goldener Stern".
1. Geschäftl. Mitteilungen.
2. **„Die Dichter der Freiheitskriege".** Referent: Pastor Boit.

Gäste willkommen.
Der Vorstand.

Priv. Bürger-Scheiben-Schützengilde.
Mittwoch den 5. d. M.
letzter Schießabend.
Alle Kameraden weg. wichtiger Besprechung zur Stelle.

Restaurant Drei Kronen.
Meinen werten Gästen zur gefälligen Nachricht, daß mein Lokal von jetzt ab
noch nach 10 Uhr abends geöffnet ist.
Herm. Härtel.

Strandschlößchen.
Jeden Mittwoch nachmittag
Pfannen

Geiselschlößchen.
Mittwoch abd. Salzknochen

Zum alten Dessauer
Donnerstag Schlachtefest.

Dieters Restauration
Heute
Schlachtefest

Goldene Kugel.
Mittwoch
Schlachtefest

Mittwoch
fr. hausschlacht. Wurst
Robert Schrepper, Luisenstr.

Donnerstag
hausschl. Wurst
E. Tauch.

Donnerstag
hausschlacht. Wurst
Friederike Vogel, Roßmarkt 17.

Empfehle meinen
kräftigen Mittagstisch
Christine Faust, Tiefer Keller 5

---

2 Knaben,
welche die gehobene Schule besuchen wollen, **finden Pension.** Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Merseburg. Reichskrone.
Welt-Panorama
Nordseebäder, Wangeroog, Sylt, Westerland, Helgoland, Norderney, Wyk, Amrum, Borkum.

Stellung a. Buchh., Sekretär, Verw. erh. m. n. 2—3 mon. Kurs. Prosp. fr. Bish. 1600 Beamte ausgeb. Dir. Küstner, Leipzig-Li. 172.

5—10 Mk. u. mehr im Hause tägl. zu verdienen. (Postkarte genügt). **R. Hinrichs, Hamburg 15.**

Sichere Existenz
mit jährl. Eink. b. ev. **6000 Mk.** u. mehr findet strebsam. **Herr** oder **Dame** als **Filialleiter** einer Versandstelle. **Passend** für **jedermann** in **Stadt od. Land. Kapital, Kenntnisse, Laden nicht** erforderl. Auch **ohne** Aufgabe des Berufs als Nebenerwerb, 2—3 Std. täglich. **Streng reelle Sache.** Auskunft kostenfrei durch **J 7146**
Invalidendank Dresden.

Suche für mein Kontor einen im Rechnen u. schreiben tüchtigen **Jungen,** welcher Ostern die Schule verläßt, als
Lehrling
Gustav Graul senior, Baugeschäft, Teichstraße 3/5.

Lehrling
Ostern gesucht
Alb. Schaaf, Bäckermstr.

Bäckerlehrling
findet Ostern in meiner Bäckerei u. Konditorei **gutes Unterkommen.**
Albin Zergiebel, Zwicken i. Sa., äuß. Leipz. Str. 22.

Junges, anständiges Mädchen, welches in häuslichen Arbeiten erfahren ist, **sucht Stellung** bei bess. Herrschaft. Selbiges kann auch waschen u. plätten. Offert. unt. **K 101** an die Exped. d. Bl. erb.

19jähr. **Mädchen** aus anständ. Familie, welches schneidern und plätten kann, **sucht** zum 1. April oder später **Stellung** in besserem Haushalt. Off. unt. **A K** postl. Rokbach b. Weißenfels erbeten.

Verkäuferin, Lehrmädchen
stellt zum 1. April ein Spielwarenhaus **Wilhelm Köhler.**

Suche 15—16 jähr. **Mädchen** aus sehr achtbarer Familie, welches schneidern k., als Stubenmädchen, wird v. d. Herrschaft dazu angel. **Emma Biedt,** gew. Stellenv. **Halle a. S.,** Kl. Brauhausstr. 9, I.

Köchin u. Stubenmädchen
gesucht. Eintritt 1. April.
Frau Th. Grote.
Persönliche Vorstellungen von 8—10 vorm., von 5—½8 nachm.

Aelt. bess. Mädchen
od. einf. **Stütze,** welch. gut bürgerl. kocht u. in Hausarb. bewandert ist, f. Haush. v. 2 Pers. 1. April **ges.** Lohn 240 Mk. Hilfe f. grobe Arb. vorh. **Frau Jesau, Halle a. S., Gütchenstr. 13, II**

Zuverl. Mädchen,
mit Kochkenntnissen, **gesucht**
Kleistraße 2, II.

Ein ält. ordentl. Dienstmädchen
wird bei gutem Lohn 1. April zu mieten gesucht.
Frau **Sonntag,** Gotthardtstr. 25.

Dienstmädchen,
15—16 Jahre, ehrl. u. fleißig, am liebsten vom Lande, zum 1. April gesucht Frau **M. Weishahn,** Neumarkt 39

Aufwartung
für den ganzen Tag gesucht. Näh. **Markt 33,** Blumengeschäft.

Aufwartung
gesucht **Dammstr. 4,** ptr.

---

1 Aufwartung für den ganzen Tag sofort gesucht **Moltkestraße 18.**

Deutscher Schäferhund zugelaufen.
Abzuhol. im **Gasthof Knapendorf.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319130305-14/fragment/page=0008

Zweite Beilage.

Gerichtsverhandlungen.

— Berlin, 2. März. Die Geheimnisse einer Wurstküche wurden am Freitag vor der fünften Strafkammer des Landgerichts III verhandelt. Wegen Verkaufs gesundheitsschädlicher Nahrungsmittel war der Schlächtermeister Reinhold Geißler aus Charlottenburg angeklagt. Der dieserhalb schon vorbestrafte Angeklagte betreibt in dem Hause Wallstraße 5 zu Charlottenburg eine Wurstfabrik, in der er Grützwurst und frische Blut- und Leberwurst fabrizierte, die er auf den Wochenmärkten verkaufte. Eines Tages kaufte eine Frau M. von dem Angeklagten Grützwurst, die schon nach wenigen Stunden roch. Die Frau benachrichtigte sogleich die Polizei. In Begleitung eines Kriminalbeamten nahmen der Kreisarzt Dr. Kasten und der Polizeitierarzt Sperling eine Durchsuchung der Arbeitsräume des Angeklagten vor. In einer von einer dicken Schmutzborke umgebenen Wanne lagen verfaulte Fleischstücke, die offenbar zur Wurstfabrikation verwendet werden sollten. Wie der Kreisarzt bekundete, habe er in seiner amtlichen Eigenschaft etwas Derartiges noch nicht gesehen. In dem Arbeitsraum habe alles vor Schmutz gestarrt, die Wurstspritze habe Schimmelpilze aufgewiesen. Der Sachverständige zählt dann noch eine Reihe den Angeklagten stark belastende unappetitliche Einzelheiten auf. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Angeklagte, um die Schmutzereien zu verdecken, die Fenster mit alten Lumpen verstopft habe. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht darauf, daß gegen eine derartige, das Leben und die Gesundheit gefährdende ekelerregende Handlungsweise mit aller Schärfe des Gesetzes vorgegangen werden müsse, eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Das Gericht erkannte diesem Antrage gemäß und ordnete außerdem die Publikation des Urteils in mehreren Zeitungen an.

— Berlin, 2. März. Die Kleinigkeit von fünfundzwanzig Jahren Zuchthaus hat der frühere Apotheker Friedrich von Gordon hinter sich, der am Freitag aus der Untersuchungshaft der 5. Strafkammer des Landgerichts III vorgeführt wurde, um sich wegen Betrugs im strafschärfenden Rückfalle zu verantworten. Der Angeklagte ist „im Ehrverlust" grau geworden. Seit dem Jahre 1879 hat er 25 Jahre im Zuchthaus verbracht. Am 5. Januar d. J. erschien er bettelnd bei einer Frau Sch. in Weißensee, die ihm, obwohl sie selbst von Unterstützungen lebt, eine Tasse Kaffee und eine Semmel reichte. In der Unterhaltung erzählte er, daß er einst bessere Tage gesehen habe, seine Armut aber nur eine vorübergehende Erscheinung sei, da er eine große Erbschaft zu erwarten habe. Auf eine Frage der Frau, ob er gut schreiben könne, bejahte der Angeklagte dies. Er wurde in die Wohnung hineingelassen und mußte für die Inhaberin mehrere Unterstützungsgesuche, u. a. ein Gesuch an den Reichskanzler von Bethmann-Hollweg verfassen, von dem sie auch eine Unterstützung von 20 M. erhielt. Der Angeklagte nistete sich dann bei ihr ein und verstand es, von ihr und ihrem Bruder, einem Arbeiter, insgesamt 180 M. zu erlangen. Bestimmend für die Hergabe des Geldes war für die Leute, daß er ihnen versprach, ihre Kinder zu adoptieren und ihnen nach Auszahlung der mehrere Millionen betragenden Erbschaft je 100000 Mk. zu schenken. Der Staatsanwalt beantragte eine Zusatzstrafe von drei Jahren Zuchthaus zu einer Strafe von zweieinhalb Jahren Zuchthaus, zu der der Angeklagte inzwischen schon wieder in Magdeburg verurteilt worden war. Das Urteil lautete auf eine Zusatzstrafe von einem Jahr Zuchthaus.

— Wegen Beleidigung des fortschrittlichen Landgerichtsrats Brodauf hatte sich vor der Strafkammer in Chemnitz der Redakteur der Chemnitzer „Volksstimme", Hermann Müller, neuerdings zu verantworten. Müller war am 10. Dezember vorigen Jahres vom Schöffengericht Chemnitz zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er für einen Artikel der „Volksstimme", den Kläger schwer beleidigte, die gesetzliche Verantwortung hatte. In der Verhandlung vor der Strafkammer kam gleich zu Beginn ein Vergleich zustande. Der Beklagte verpflichtete sich, eine Buße von 300 Mark zu zahlen, die dem Vereine zur Bekämpfung der Schwindsucht zugute kommt, ferner hat der Angeklagte alle Kosten zu tragen und eine Erklärung in der „Volksstimme" abzugeben, die besagt, daß zu dem Vorwurfe gegen den Kläger kein Anlaß vorgelegen habe.

Vermischtes.

* (Ein neuer Streich der Suffragetten.) Ponty Pool, 1. März. Der hiesigen Polizei ging, vermutlich auf Veranlassung von Frauenrechtlerinnen, eine scheinbar amtliche Verfügung zu, die Territorials zu mobilisieren. Die Polizei ließ den Befehl durch Anschläge zur allgemeinen Kenntnis bringen und hatte sich bereits mit einer Reihe von Territorials und Reservisten in Verbindung gesetzt, bevor der Streich entdeckt wurde.

* (Höhere Preise für englische Austern.) Eine unangenehme Nachricht trifft aus Colshester für die Austernfreunde ein. Der Vorsitzende der dortigen Austernfischerei-Gesellschaften Dr. Laver erklärte, daß für die nächsten zwei Jahre ein erheblicher Mangel an englischen Austern eintreten werde und daher die Preise bedeutend in die Höhe schnellen würden. Als Grund für die Seltenheit der englischen Austern wird der kolossale Sturm angegeben, der in den letzten Monaten in den englischen Gewässern herrschte.

* (Der neue Malertarif.) Die Malermeister Deutschlands haben, wie wir erfahren, durch Urabstimmung den Schiedsspruch der Unparteiischen, der eine neue Regelung der Tarife vorsah, in ihrer Mehrheit abgelehnt. Die Berliner, die sich für den Schiedsspruch ausgesprochen hatten, müssen sich diesem Beschluß fügen und die schwerwiegendsten Entscheidungen stehen nun unmittelbar bevor. Die Vorstandsmitglieder der Arbeitgeber im deutschen Malergewerbe sind sofort zu weiterer Beratung nach Berlin berufen worden. Bei einer allgemeinen Aussperrung kommen 70000 Malergehilfen in Betracht.

* (Festgefroren.) Nach Meldung aus Riga sitzen im Rigaischen Meerbusen dreißig Dampfer im Eise fest. Eisbrecher sind zur Hilfeleistung ausgelaufen.

* (Der Raubmörder von Kiefersfeld.) der, wie gemeldet, dort den Bahnverwalter Klod ermordet hat und bald nach der Tat ergriffen wurde, hat sich als ein alter Zuchthäusler entpuppt, der aus dem Gefängnis von Traunstein entwichen war. Man glaubt, daß er verschiedene große Einbruchsdiebstähle verübt hat, so auch im Amtsgericht von Rosenheim.

* (Ertrunken.) Danzig, 3. März. Bei der Heimkehr von einem Bockbierfest ließ sich heute Morgen der Bäcker Blank mit Frau und zwei Töchtern von dem Hofbesitzer Görtz und dessen Schwiegersohn Manski von Weichselmünde nach Neufahrwasser in einem Boote über die Weichsel setzen. Infolge des Eisganges kenterte das Boot in der Mitte des Stroms und alle sechs Personen ertranken. Bisher wurden zwei Leichen geborgen.

* (Eine ganze Villa ausgeräumt) hat eine anscheinend aus Berlin stammende Einbrecherbande, die einen Abstecher nach Freienwalde unternahm. Die Diebe drangen in die Villa „Hedwig" in der Sonnenburger Straße ein. Da das Haus nicht bewohnt war, veranstalteten sie zunächst ein Zechgelage und machten sich dann ans Einpacken. Die Einbrecher besaßen die Dreistigkeit, ganze Möbelstücke fortzuschaffen sowie alles andere, was nicht niet- und nagelfest war. Eine Spur, die von einem Polizeihund aufgenommen wurde, führte bis zum Bahnhof.

* (Frauenmord im Harz.) Wie in einem Telegramm aus Braunschweig berichtet wird, ist auf dem Wege zwischen Lautental und Hahnenklee im Harz an der Frau eines Bahnarbeiters ein schweres Verbrechen verübt worden. Ein Holzarbeiter hat die Frau überfallen, sie an einen Baum festgebunden und ihr den Leib aufgeschlitzt. Die Frau ist sterbend aufgefunden worden. Der Mörder wurde verhaftet.

* (Von russischen Grenzsoldaten erschossen.) Eine preußisch-russische Kommission verhandelte in Posen über den Grenzzwischenfall bei Tobulke, wo der preußische Staatsangehörige Ziolkowski aus Elgischewo beim Schmuggeln von einem russischen Grenzsoldaten erschossen worden ist. Der Bruder des Erschossenen bekundete wieder ausdrücklich, daß sich der Getötete auf preußischem Grund und Boden befand, als er durch die Kugel des russischen Soldaten getroffen wurde. Nach der Angabe der Witwe, die der Beerdigung beigewohnt hat, wies die Leiche des Schmugglers, der inzwischen in Rußland beerdigt worden ist, mehrere Schuß- und Stichwunden auf, die ihr erst nach dem Tode beigebracht worden sein dürften. Die vielfach durchlöcherten Kleidungsstücke des Erschossenen wurden im gestrigen Termine vorgezeigt.

* (Kampf mit Zigeunerinnen.) Aus Olmütz wird gemeldet: Als der Gendarmeriewachtmeister Schleida in einem Wäldchen bei Howzd den wegen Straßenraubs gerichtlich verfolgten Zigeuner Istvan verhaftete, stürzten sich fünf Zigeunerinnen auf ihn und versuchten den Verhafteten mit Gewalt zu befreien. Um sich der tobenden Weiber zu erwehren, mußte der Wachtmeister von seiner Waffe Gebrauch machen. Zwei Zigeunerinnen wurden durch Bajonettstiche verwundet. Erst dann ließen die anderen von ihren Gewalttaten ab. Der Verhaftete wurde in das Kreisgericht eingeliefert. Die Verletzten sind ins Spital gebracht worden.

* (Bei der Kartenlegerin infolge Aufregung gestorben.) Eine 25jährige junge Dame namens Paula Lang regte sich in Hamburg beim Besuch einer Kartenlegerin derart auf, daß sie plötzlich, von einem Herzschlag getroffen, tot zu Boden sank. Die Untersuchung gegen die Kartenlegerin ist eingeleitet.

* (Ein Automobil in einen Kanal gefahren.) Hamburg, 1. März. Heute vormittag fuhr ein Automobil, bei dem die Steuerung versagte, in einen Kanal. Der Chauffeur und eine Dame stürzten ins Wasser; sie waren beide bei der Rettung bereits bewußtlos.

* (Gerettete Schiffbrüchige.) Die Rettungsstation Norderney der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert, daß am 28. Febr. von dem deutschen Schiff „Margaretha", das am Nordstrand von Norderney gestrandet war, zwei Personen durch das Rettungsboot „Fürst Bismarck" der Weststation gerettet wurden.

* (Drei Bergleute verschüttet.) Auf der Zeche „Katharina" in Essen wurden drei Bergleute durch Kohlenmassen verschüttet. Zwei von ihnen wurden getötet, der dritte verletzt.

* (Schweres Unglück auf einem Neubau.) Vom Hängegerüst eines Neubaues in Essen stürzten zwei Dachdecker in die Tiefe. Einer war sofort tot, der andere wurde tödlich verletzt.

* (Feuer in einer Zuckerfabrik.) In der Zuckerfabrik der Mastalka Compagnie in Unterbautzen bei Prag brach in den Lagerräumen Feuer aus. Zucker, Melasse und Rübsamen im Werte von 400000 Kronen sind verbrannt. Der Maschinenraum ist unbeschädigt geblieben, so daß der Betrieb nicht gestört ist.

* (Erdbeben.) Laibach, 1. März. Gestern um 4 Uhr 16 Minuten nachmittags ereignete sich ein Erdbeben. Die Fenster klirrten und die Gegenstände in den Zimmern schwankten. Der Herd des Bebens ist drei Kilometer von Laibach entfernt.

* (Explosion einer Granate.) Als am Freitag nachmittag der Alteisenhändler Müller aus Luckenwalde auf dem Hofe Eisen sortierte, fand er eine Granate, die er für entladen hielt. Er warf sie in eine Ecke zu anderem alten Eisen, plötzlich gab es einen mächtigen Knall. Die Granate explodierte und verletzte Müller so schwer, daß die Ärzte die sofortige Überführung nach der Königlichen Klinik in Berlin anordneten. Hier konnte dem Verunglückten nicht mehr geholfen werden, weil fast der ganze Körper mit Brandwunden bedeckt war. Der Alteisenhändler starb unter entsetzlichen Qualen.

* (Raubmord.) Am Sonnabend morgen fand man die siebzigjährige Witwe und Hauseigentümerin Wilhelmine Britschkow in ihrer Wohnung Roonstraße 16 in Johannisthal bei Berlin bewußtlos vor. Sie hatte eine schwere Wunde am Kopfe, die ihr mit einem stumpfen Instrument beigebracht war. Als der Tat verdächtig wurden zwei polnische Arbeiter verhaftet. Geraubt sind 2800 Mark.

Frühjahrs-Neuheiten:

Kleiderstoffe, Kostümstoffe, Blusenstoffe, Seidenstoffe,
Kostüme, Kleider, Mäntel, Blusen, Röcke, Morgenkleider,
— Backfisch- und Kinder-Garderobe, —
Gardinen, Teppiche, Leinenwaren Wäsche etc. etc.
Reiche Auswahl, billigst gestellte Preise.

Mass-Anfertigung in bester u. preiswert. Ausführung.

Bruno Freytag, Halle a. S.,
Leipzigerstrasse 100.

Mustersendungen bereitwilligst.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319130305-14/fragment/page=0009

Anzeigen für Merseburg

Für diesen Teil übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber strebsamer Mann, unser treusorgender Vater, Bruder, Schwieger- und Großvater, der Schuhmachermeister

Albert Wüstenek

nach kurzen aber schweren Leiden sanft entschlafen ist. Um herzliches Beileid bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Merseburg, 4. März 1913.

Die Beerdigung findet Freitag nachm. um 3 Uhr vom Trauerhause Teichstraße 19 aus statt.

Wohnung, 4 Zimmer, Badezimmer, Küche, elektr. Licht, Kochgas, per 1. Juli oder früher zu beziehen Sand 18, part.

Wohnung, 3 Stuben, Küche u. reichl. Zubehör ist sofort zu vermieten u. 1. April zu beziehen Gutenbergstraße 1.

Wohnung,
2. Etage, im ganzen oder geteilt sofort oder später zu beziehen
Obere Burgstr. 7.

Suche kl. frdl. Wohnung
bis 3 Z. mit Zubehör, cr. 300 Mk., z. 1. 4. 13, wenn mögl. früher, zu beziehen. Off. erbet. unter R D N an die Exp. d. Bl.

Markt 8
ist ein Laden mit Wohnung per 1. Juli 1913 zu vermieten.

5000 Mark
auf Hypothek sofort auszuleihen. Off. u. 88 100 an die Exp. d. Bl.

Auf ganz sichere 2. Hypothek werd.
12—15000 Mk.
von streng pünktlichem Zinszahler sofort oder später gesucht. Off. unter L L 10 an die Exp. d. Bl.

Altertümliche Möbel
als 2 große Schränke 1 großer Eckschrank, 1 Kredenzschrank, 1 Damenpult, zu verkaufen
Adolf Malpricher Tischlerei.

Fast neuer feischer kl. Majolika-Ofen u. kl. eiserner Germane
preiswert zu verkaufen
Preußerstraße 18.

Einige neue Kachelöfen,
modern, sollen sofort sehr billig verkauft werden
Schmidt, Gr. Ritterstr. 33.

Eleganter gut erhalt. Sportwagen sofort zu verkaufen
Kl. Ritterstr. 10, 1 Tr.

Gut erhaltener Sportwagen m. abnehmbarem Sitz, passend für 2 Kinder, spottbillig zu verkaufen Gotthardstr. 29, Laden.

2 junge Zuchthähne
sind zu verkaufen Lenna 43 a.

Plymouth Rocks-Zuchthahn
verkauft
Frankleben, Weißenfelser Str. 4

Eine hochtragende Färse
verkauft
Bunge, Lennewitz b. Dürrenberg.

Gut erhalt. Klappwagen zu kaufen gesucht.
Off. unt. „Sportwagen" an die Exped. d. Bl.

Altes Brot
verkaufe billig. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Grüne Heringe,
Pfd. 10 Pfg., empfiehlt
Frau Bünicke, Johannisstraße 8
Marktstand: Ecke Kirche.

Ia. am. Schmalz,
a Pfund 68 Pfg.,
offeriert **Emil Wolff.**

Konfirmanden-Stiefel
Große Auswahl. — Billige Preise.
R. Schmidt, Markt 12

Modulator
hält stets vorrätig u. empf. billigst
Buchdruckerei Th. Rößner,
Merseburg, Olgrube 9

Gust. Schwendler,
Merseburg, Karlstraße,
empfiehlt:
Phönix-Schnell-Nähmaschinen, diese näht, strickt u. stopft am besten und ist sehr dauerhaft.
Desgl. Afrana-Nähmaschinen,
Adler-Schreibmaschinen,
Adler- und Diamant-Fahrräder für Herren und Damen.
Johns Volldampf- und Holzwaschmaschinen.
Wringmaschinen, auch einz. Walzen
Wäschemangeln
zu billigsten Preisen.
Reparaturen werd. schnell besorgt.

Miets-Quittungs-Bücher
für mehrere Jahre ausreichend, empfiehlt billigst
Buchdruckerei Th. Rößner,
Merseburg, Olgrube.

Diebe

sie- und praktischste

Matratze Herkules
mit Auflegpolster.
Matratzen von M. 27.50 an
Sofas von M. 45.00 an
Bettstellen-Lager.
Werkstatt für Stahlgurtung
F. Koch, Tapezierer,
Neumarktstor 2.

Sonntag den 9. März
Ausflug nach Schlopau.
Daselbst von 3 Uhr ab
:—: **Kränzchen** :—:
im „Gasthof zum Raben". Sonst eingeladene Gäste willkommen. Karten sind diesmal nicht ausgegeben. Der Vorstand.

Hotel Halber Mond
Mittwoch selbstgebackene
:: **Pfannkuchen.** ::
Anstich ff. Salvator.

Alle Schlosserarbeiten und Reparaturen
(auch an Broschen, Portemonnaies, Damentaschen u. dergl.) werden gut ausgeführt Geffnerstr. 4.

Feine Wäsche zum Waschen und Plätten
wird noch angenommen
Hedwig Zuchardt, Vorwerk 28.

Laufburschen
für den ganzen Tag sucht
R. Christ.

Dienstmädchen
bei hoh. Lohn ges. Kaiser-Café

Ostermädchen als
Aufwartung
für vormittags und nachmittags zum Hüteausragen gesucht
Marie Müller Nachfl.
Kl. Ritterstr. 11.

Verloren
der obere Teil eines geschnitzten, elfenbeinern. Manschettenknopfes. Bitte gegen Belohnung abzugeb.
Weißenfelser Str. 41, II

Frankleben!
Bitte Brief F. N. abzuholen.

Jahrhundert-Gedenktag.

Überall im deutschen Vaterlande rüsten sich patriotische Kreise, um die Erinnerung an die denkwürdigen Zeiten vor 100 Jahren, an die Befreiungskriege von 1813/1815 und an die opfermutigen Heldentaten unserer Vorfahren in würdiger Form zu feiern.

Die Anregung, den Stiftungstag des eisernen Kreuzes und den Geburtstag der unvergeßlichen Königin Luise, den 10. März 1813, auch hier besonders festlich zu begehen, hat in den Kreisen der Bürgerschaft lebhaften Anklang gefunden.

Eine

allgemeine patriotische Gedenkfeier

soll **am Montag den 10. März d. Js. abends 8½ Uhr**

in der städtischen Turnhalle an der Wilhelmstraße veranstaltet werden.

Alle Mitbürger unserer Stadt werden zu zahlreicher Beteiligung freundlichst eingeladen und gebeten, ihr Erscheinen bis spätestens Donnerstag den 6. März d. J. mittags 1 Uhr, bei dem Stadtsekretariat im Rathause anzumelden.

Eintrittskarten werden, soweit der verfügbare Platz reicht, vom Sonnabend den 8. März vormittags 12 Uhr ab an der Meldestelle kostenlos ausgegeben.

Zuschauerkarten für Damen sind abends zum Preise von 1,00 M. für den Platz in beschränkter Anzahl erhältlich.

Der Festausschuß.

Barth, Stadtrat. **Barthel**, Magistrats-Kalkulator, Vorsitzender des Bürger-Gesang-Vereins. **Baum**, Buchbindermeister, Vorsitzender der Buchbinder-Innung. **von Behr**, Generalkommissions-Präsident. **Benecke**, Kaufmann, Vorsitzender des Allgemeinen Turnvereins. **Carl Berger**, Kommerzienrat. **Max Berger**, Kommerzienrat. **Bihorn**, Professor, Superintendent. **Alfr. C. Blancke**, General-Direktor. **Blankenburg**, Stadtrat. **Bock**, Hausmann, Vorsitzender des Evangelischen Arbeitervereins. **Böhme**, Kriegsinvalide, Vorsitzender des Vereins ehem. Kampfgenossen. **Borsdorff**, Tischlermeister, Vorsitzender des Vereins ehem. 36er. **Brüggmann**, Tapezierermeister, Vorsitzender der Sattler- und Tapezierer-Innung. **Burghoid**, Kanzleisekretär, Vorsitzender des Vereins ehem. 12. Husaren. **Deckert**, Fabrikdirektor. **Dr. Dehne**, Stadtrat, Regierungsrat a. D. **Robert Dietrich jun.**, Fabrikbesitzer. **Drehmann**, Pfarrer. **Eichardt**, Rechnungsrat, Vorsitzender des Vereins ehem. Artilleristen. **Eischner**, Oberbahnhofsvorsteher. **Elze**, Reg.-Hauptkassenbuchhalter, Vorsitzender des Militäranwärter-Vereins. **Engel**, Fabrikbesitzer. **Engel**, Schmiedeobermeister, Vorsitzender der Schmiede-Innung. **Fleischhauer**, Ziegeleiverwalter, Vorsitzender der Zimmerstutzen-Schützengilde. **von Gersdorff**, Regierungs-Präsident, Königlicher Kammerherr. **Gustav Graul jun.**, Maurermeister, Vorsitzender des Vereins ehem. Garde. **Grempler**, Stadtverordneten-Vorsteher. **Groke**, Maschinenfabrikbesitzer. **Günther**, Maurermeister, Vorsitzender der Baugewerks-Innung. **Dr. Hacke**, Bürgermeister und Vorsitzender der Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger vom Roten Kreuz im Kriege. **Hartmann**, Landessekretär, Vorsitzender des Vereins ehem. 72er. **Heine**, Buchdruckereibesitzer. **Henschen**, Postdirektor. **Herfurth**, Stadtverordneter. **Herrich**, Fabrikbesitzer. **Hertmann**, Amtsgerichts-Rat. **Hirschfeld**, Rentier, Branddirektor. **Höpke**, Tischlermeister, Vorsitzender des Gesangvereins „Melodia". **Hüthel**, Bäckermeister, Vorsitzender der Bäckerinnung und der Prio. Bürger-Scheibenschützen-Gilde. **Hüttel**, Rektor der Volksschule. **Junker**, Vorsitzender des Lehrervereins. **Klappenbach**, Ehren-Obermeister der Bäckerinnung. **Kürsten**, Kreissekretär, stellv. Vorsitzender der Rudergesellschaft. **C. F. Malbricht sen.**, Tischlerobermeister, Vorsitzender der Tischler-Innung. **Müller**, Klempnerobermeister, Vorsitzender der Schlosser- und Klempner-Innung. **P. Müller**, Regierungs-Sekretär, Vorsitzender des Musik- und Gesangvereins „Freue". **Nagel**, Dreher, Vorsitzender des Turnvereins „Rothstein". **Dr. Nietschke**, Landesrat, Vorsitzender des Kreiskriegerverbandes und des Preußischen Beamtenvereins. **Th. Rößner**, Buchdruckereibesitzer. **Rüdiger**, Landessekretär, Vorsitzender des Vereins ehem. Kavalleristen. **Rügow**, Rentier, Vorsitzender des Gewerbevereins. **Schede**, Geh. Regier. Rat, Generaldirektor der Städte-Feuersozietät. **Schillinger**, Abdeckereibesitzer, Vorsitzender des Älteren Kriegervereins. **Schmidt**, Schuhmacherobermeister, Vorsitzender der Schuhmacher-Innung. **Schwarz**, Handelsgärtner, Vorsitzender des Vereins ehem. Jäger und Schützen. **Sehmisch**, Rektor der Mittelschule. **Seyfert**, Prokurist, Vorsitzender des Männer-Turnvereins. **Dr. Sieke**, Seminardirektor. **Dr. Staude**, Landes-Assessor, Vorsitzender des Vereins „Jugendwehr". **Stecher**, Fleischermeister, Vorsitzender der Fleischer-Innung. **Dr. Taube**, Gymnasial-Oberlehrer, Vorsitzender der Merseburger Turnerschaft. **Teichmüller**, Friseur, Obermeister und Vorsitzender der Barbier-Innung. **Thiele**, Stadtrat, Vorsitzender des Kaufmännischen Vereins. **Trommer**, Seilermeister, Vorsitzender der Seiler-Innung. **Völkerling**, Verbands-Inspektor, Vorsitzender der Freien turnerischen Vereinigung. **Freiherr von Wechmar**, Major. **Wilck**, Lehrer, Vorsitzender des Gesangvereins „Liedertafel". **Exzellenz Dr. Freiherr v. Wilmowski**, Wirkl. Geheimer Rat, Landeshauptmann. **Freiherr von Wilmowski**, Regierungs-Assessor, Vorsitzender des Landwehrvereins. **Windler**, Landrat a. D., Generaldirektor der Land-Feuer Sozietät. **Winter**, Stellmacherobermeister, Vorsitzender der Stellmacher-Innung. **Dr. Ziehen**, Professor, Gymnasialdirektor. —

Bilanz vom 31. Dezember 1912.

Aktiva.

		Mk.	Pf.
An Kassa Konto		58 872	27
„ Giro-Konto Berlin		9 815	63
„ Giro-Konto Reichsbank		2 862	99
„ Postscheck-Konto		1 458	53
„ Effekten Konto		70 143	90
„ Bank-Konto		15 799	65
„ Vorschuß-Konto:			
Sola-Wechsel	M. 1 505 694 89		
Diskontwechs.	„ 124 106 89	1 629 801	78
„ Hypotheken-Konto		126 700	—
„ Konto-Korrent (Debitores)		106 631	30
„ Restzinsen-Konto		2 632	76
„ Mobilien Konto		1	—
„ Klagekosten-Konto		677	03
„ Geschäftshaus-Konto		24 400	—
„ Grundstücks-Konto		57 100	—
		2 106 891	84

Passiva.

	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
Per Guthaben-Konto der ausschd. Mitgl.	18 870	82		
„ verbleib. „	486 282	92	505 153	74
„ Reservefonds I			59 667	52
„ Reservefonds II			35 140	99
„ Effekten-Reserve			1 580	—
„ Grundstücks-Reserve			7 600	—
„ Delkredere-Konto			26 706	56
„ Anlehen-Konto			1 359 958	83
„ Scheck Konto			24 857	05
„ Dresdner Bank			8 515	45
„ Hypotheken-Konto			9 000	—
„ Konto-Korrent (Kreditores)			30 694	54
„ Zinsen-Konto			6 637	88
„ Reingewinn			31 379	28
			2 106 891	84

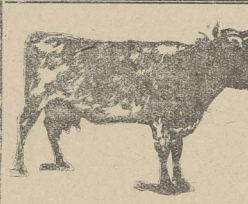
Im Jahre 1912 sind 173 Genossen eingetreten und 72 ausgeschieden, daher Bestand am 31. Dezember 1912: 1286 Mitglieder mit 1494 Geschäftsanteilen.

Das Mitgliederguthaben hat sich um 36 977,01 Mark und die Haftsumme um 115 000,— Mark vermehrt. Die Gesamthaftsumme, für welche alle Genossen am Jahresschluß aufzukommen haben, beträgt 1 494 000,— Mark.

Vorschuss-Verein zu Merseburg

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

E. Hartung. A. Müller F. Heyne



Von heute ab steht ein sehr großer Transport **allerbester hochtragender**

Färsen und Kühe

neumilchende

Kühe mit den Kälbern

sowie prima Zuchtbullen

bei mir zum Verkauf. Desgleichen erhalte Freitag den 7. März wieder eine große Auswahl **bester Kühe.**

L. Nürnberger, Merseburg, Teleph. 28.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319130305-14/fragment/page=0010

Telegramm-Adresse: Correspondent Merseburg. Fernsprecher Nr. 324

Merseburger Correspondent.

Schriftleitung und Geschäftsstelle Oelgrube 9.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf. Abholung in unsern Ausgabestellen; bei Zustellung ins Haus durch unsere Austräger in der Stadt und auf dem Lande außerdem Botenlohn; durch die Post 1,20 Mk. außer 42 Pf. Bestellgeld. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Werktagen nachmittags. — Nachdruck unserer Originalmeldungen ist nur mit deutlicher Quellenangabe gestattet. — Für Rückgabe unverlangter Einsendungen übernehmen wir keine Verbindlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen: 8 seitig. illustr. Unterhaltungsblatt m. neuest. Romanen und Novellen. 4 seit. landwirtsch. u. Handelsbeil. mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Petitzeile oder deren Raum für Merseburg und nähere Umgebung 10 Pf., kleinste Anzeigen 25 Pf., auswärtige von Seite 20 Pf., im Reklameteil 40 Pf. Bei kompliziertem Satz entsprechender Aufschlag. Gebühr für Extrabeilagen nach Uebereinkunft. Für Nachweisungen und Offertenannahme besondere Berechnung, nach auswärts mit Portozuschlag. Erfüllungsort Merseburg. Annahmezeit für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, kleinere Anzeigen bis spätestens 9 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 54 — Mittwoch den 5. März 1913. — 39. Jahrg.

Zur Frage der Soldatenzahl Frankreichs.

Beim Vergleich der numerischen Stärke der deutschen und der französischen Armee hat man einen nicht unwichtigen Punkt außer acht gelassen und infolgedessen das Verhältnis von 7 zu 4 herausgerechnet. Dieses ist jedoch schon von vornherein nicht ganz zutreffend. Denn Deutschland hat bis jetzt noch keine 70 Millionen Einwohner, es fehlen an dieser Zahl noch 4 bis 5 Millionen. Außerdem hat es fast den Anschein, als stehe unser Zuwachs im Begriffe, ein etwas langsameres, und der französische ein einigermaßen schnelleres Tempo anzunehmen. Durchaus nicht ausgeschlossen ist es überdies, daß der neuerdings geschehene grelle Hinweis auf die rasch zunehmende Differenz der Volkszahl diesseits und jenseits der Vogesen und die daraus hervorgehende Reduktion der Machtstellung Frankreichs, die wiederum eine erhebliche Verlängerung der Präsenzzeit zur Folge hat, den Franzosen den Impuls geben wird, die seit Jahrzehnten eingeführte Zweikinderwirtschaft durch eine Mehrkinderwirtschaft zu ersetzen. Andererseits ist es nicht über allem Zweifel erhaben, daß in Deutschland, zum Zwecke der Erhöhung des Familienwohlstandes und der Einschränkung der elterlichen Sorgen, sich die Zweikinderwirtschaft allmählich einbürgern könnte. Frankreich ist uns schon in mancher Beziehung vorangegangen. Durch einen solchen Austausch sexueller Gepflogenheiten würde in nicht zu ferner Zeit bis zu einem gewissen Grade ein Ausgleich in der Stärke der beiden Heere herbeigeführt sein.

Mit Sicherheit ist auf diese Wandlung freilich nicht zu rechnen. Eher könnte Frankreich auf eine Verstärkung seiner Streitkräfte durch Nutzbarmachung der eingeborenen Bevölkerung in seinen nordafrikanischen Kolonien rechnen. Diese Mannschaften sollen bekanntlich als Besatzungstruppen in den Festungen und in den Etappen hauptsächlich verwandt werden. Es hat jedoch noch gute Wege, bis dies in größerem Maße ermöglicht werden kann. Viel wichtiger, als diese sämtlichen Momente ist jedoch die Tatsache, daß Frankreich verhältnismäßig weit mehr erwachsene Personen besitzt, als Deutschland, sodaß vierzig Millionen Franzosen relativ mehr Soldaten stellen können, als vierzig Millionen Deutsche. Denn je mehr eine Nation Kinder erzeugt, einen desto größeren Prozentsatz der Volkszahl nehmen die Unerwachsenen ein und je kinderärmer ein Land ist, einen desto bedeutenderen numerischen Anteil bilden die erwachsenen Leute, also auch diejenigen männlichen Geschlechts. Früher wurde dieses durchaus nicht unwichtige Faktum bei der in Frage stehenden Schätzung mit in Rechnung gezogen. Neuerdings scheint es in Vergessenheit geraten zu sein. Das numerische Verhältnis zwischen der französischen und der deutschen Armee ist sonach für erstere erheblich günstiger, als das von 40 zu 70, immerhin für letztere vorteilhaft genug, um Frankreich, solange es keinen genügend starken und vorbereiteten Verbündeten hat, von einem Kriege gegen Deutschland abzuhalten. Im Jahre 1870 war letzteres dem französischen Gegner numerisch, trotz gleicher Bevölkerungsziffer, noch weit mehr überlegen und zu dieser Überlegenheit kam auch noch die ungeheuere des Kruppgeschützes über die von Louis Napoleon höchsteigen konstruierte Kanone. Wenn sich der Kaiser der Franzosen trotzdem auf einen Kampf einließ, so geschah es in der eitlen Hoffnung auf österreichische und italienische Hilfe und in der falschen Einschätzung der politischen und nationalen Stimmung der süddeutschen Regierungen und Bevölkerungen.

Um die in Deutschland geplante Heeresverstärkung quitt zu machen, denkt die französische Regierung nicht nur an das eigene Land und Volk, sondern auch und vornehmlich an den russischen Verbündeten. Man drängt das 120 Millionen-Reich, das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht ebenfalls konsequent durchzuführen. Es scheint in Petersburg nicht wenig Neigung dazu vorhanden zu sein und die Absicht zu bestehen, nur noch die Ankunft des neuen französischen Botschafters Delcassé abwarten zu wollen, ehe man mit positiven Vorschlägen an den Staatsrat und die Reichsduma herantritt. Ist Rußland gewonnen und am Werke, so nimmt man wohl den englischen Freund aufs Korn, um auch jenseits des Kanals dem Grundsatz der allgemeinen Wehr- und Dienstpflicht zum Siege zu verhelfen, welchem Feldmarschall Lord Roberts und andere Generäle bereits vorgearbeitet haben.

Die neuen Militärforderungen.

Die offiziösen Ankündigungen über die Höhe der neuen Militärforderung und über die Art ihrer Deckung haben natürlich in den weitesten Kreisen großes Aufsehen erregt, und alle Welt blickt nach dem Reichstage, um zu erfahren, wie sich dieser zu der neuen Wendung der Dinge verhalten wird. Auf Seiten der Fraktion der fortschrittlichen Volkspartei, die offiziell natürlich noch nicht hat Stellung nehmen können, da ja eine Vorlage dem Reichstage noch nicht unterbreitet ist, macht sich folgende Auffassung geltend:

Die fortschrittliche Volkspartei wird, wie sie dies bei früheren Anlässen auch stets getan hat, nur das bewilligen, was ihr als absolut notwendig im Interesse der Verteidigung und militärischen Ausrüstung des Vaterlandes nachgewiesen wird; namentlich wird sie ihr Augenmerk darauf richten, daß die Ausrüstung des deutschen Heeres in technischer Hinsicht auf der vollen Höhe stehen muß. Die Hauptsache wird auch diesmal wieder die Deckungsfrage sein. Die Bestrebungen, an den Ausgaben für das bestehende Heer zu sparen, hat sich leider bisher jedesmal nur zu einem ganz kleinen Teile erfüllen lassen; man mußte auf diesem Gebiete mit dem starken Widerstande der Militärverwaltung rechnen, die jeden Posten im Etat mit Hartnäckigkeit verteidigte und etwaige Abstriche als Gefährdung des ganzen Militärwesens bezeichnete oder sich auf vorhandene Rechte der Bundesfürsten berief (bei der Frage der Adjutanturen ꝛc) oder weil sie sich auf militärische Traditionen stützte, wenn man unnötige, aber kostspielige Institutionen beseitigen wollte. Natürlich wird auch jetzt trotz und alledem das Bestreben der Linksliberalen darauf gerichtet sein, beim Heeresetat Abstriche vorzunehmen, die die Schlagfertigkeit der Armee in keiner Weise beeinträchtigen können.

Was von der „Nordd. Allg. Ztg." gesagt worden ist [illegible] stets zu geschehen pflegt! In fortschrittlichen Kreisen wird es am meisten begrüßt, daß die einmalige Reichsabgabe aus dem Vermögen nichts anderes ist als der Anfang der Reichsvermögenssteuer, gegen die sich die verbündeten Regierungen unzählige Jahre lang mit Händen und Füßen gesträubt und deren staatsrechtliche und sonstige Unmöglichkeit sie in höchst gediegenen Reden allen entsprechenden Anträgen gegenüber immer wieder dargelegt haben. Nun soll es mit einem Mal gehen! Die früher vorgebrachten Gründe gegen die Reichsvermögenssteuer werden nun zerreißen wie dünne Zwirnsfäden; denn wenn diese Steuer erst einmal Eingang gefunden hat und damit die Auffassung widerlegt ist, daß das Reich nie und nimmermehr direkte Steuern einführen dürfe, dann ist natürlich der Weiterausbildung der Reichsvermögenssteuer zu einer dauernden Einrichtung nicht mehr gut der Weg zu verlegen. Eine alte Forderung der fortschrittlichen Volkspartei wird dann ihrer Erfüllung entgegensehen.

Jetzt aber kommt natürlich alles darauf an, wie diese einmalige Abgabe beschaffen sein soll. Große Schwierigkeiten stehen der Veranlagung entgegen, da bekanntlich in manchen Bundesstaaten, beispielsweise in Süddeutschland, überhaupt eine Vermögenssteuer noch nicht besteht. Gegen den Gedanken der einmaligen Steuererhebung gibt es ganz allgemein mancherlei Bedenken. Es ist sehr fraglich, ob mit der hier geplanten Neuerung nicht ein Weg beschritten wird, der eigentlich nur in den alleräußersten Notfällen eingeschlagen werden dürfte. Freilich wäre eine neue Riesenanleihe in der jetzigen Finanzlage auch ein äußerst gewagtes Unternehmen.

Vor der Bewilligung einer etwaigen einmaligen Reichssteuer und neuer sehr erheblicher fortlaufender Ausgaben würde die Vorfrage zu erledigen sein, ob denn in der Tat die allgemein politische Situation solche neuen großen Opfer vom deutschen Volke verlangt. Konkrete Tatsachen über diese wichtigste aller Fragen hat man noch nicht erfahren; alles, was bisher darüber gesagt wurde, waren Allgemeinheiten. Es wird Aufgabe der Reichsregierung sein, den Abgeordneten den strikten Beweis für die Schwierigkeit der Lage zu erbringen, die unbedingt ein erneutes Anspannen der Volkskräfte auf dem Gebiete der militärischen Rüstungen erfordert. Nach dem Ergebnis dieser Beweisführung wird es sich schließlich richten, ob und in welchem Umfange die fortschrittliche Volkspartei für die Mehrforderungen eintreten wird.

Zur Wahlrechtsfrage.

In einer vom liberalen Verein zu Küstrin einberufenen Volksversammlung, in der der Reichstagskandidat bei der letzten Wahl, Lehrer Pautsch, sprach, wurde eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt:

„Trotz des bedeutenden Anwachsens der liberalen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl im Kreise Königsberg-Neumark ist unter der öffentlichen Stimmabgabe und indirekten Wahl nicht an einen Erfolg zu denken, wenn man sich die berufliche Gliederung der Bevölkerung des Wahlkreises und ihre wirtschaftliche und soziale Abhängigkeit in den meisten Orten vergegenwärtigt. Die Versammlung fordert aus diesen Gründen alle liberalen Männer des Wahlkreises auf, mit voller Kraft den nächsten Reichstagswahlkampf ins Auge zu fassen, im Hinblick auf die Landtagswahlen sich aber auf einen öffentlichen Protest gegen das herrschende Dreiklassenwahlrecht zu beschränken. In Sonderheit gilt dieser Protest den Konservativen des preußischen Abgeordnetenhauses, die sich nicht scheuen, die Einlösung eines Königswortes unmöglich zu machen, ja, die sich sogar der Einführung der geheimen Stimmabgabe widersetzen."

Die Liberalen des Kreises Königsberg wollen sich also, wenn die Küstriner Resolution den Willen des gesamten Liberalismus im Kreise ausdrückt, bei der Landtagswahl der Stimme enthalten. Man kann einen solchen Entschluß bedauern, wird ihn aber durchaus würdigen müssen. Das bestehende Wahlrecht arbeitet den Konservativen derartig in die Hände, daß in vielen Kreisen, namentlich solchen mit ländlicher Struktur, ein Ankämpfen dagegen völlig zwecklos ist. Der Entschluß, in solcher Situation das Geld für die Wahlen zu sparen und es lediglich für die Reichstagswahlen zu reservieren, ist sehr naheliegend. Der Regierung sollten derartige Vorkommnisse doch aber zu denken geben. Ein Wahlrecht, das so konstruiert ist, daß eine große und über

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319130305-14/fragment/page=0011
DFG